

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

**Wortprotokoll
4. Sitzung**

**Öffentliches Fachgespräch
„Herausforderungen bei der
Umsetzung des Bologna-Prozesses“**

(nicht korrigiert durch die Sachverständigen und Abgeordneten)

**Berlin, 27. Januar 2010, 9.30 Uhr
(Sitzungssaal E. 300, Paul-Löbe-Haus)**

Vorsitz: Ulla Burchardt, MdB

Vorlagen:

Grünbuch - Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern

KOM-Nr.(2009)329 endg.; Ratsdok.-Nr: 11968/09
11968/09

Ressortbericht BMBF 27.07.2009

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Weitere beratungsrelevante Unterlagen:

- Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz
A-Drs. 17(18)15

Anlagen:

Anwesenheitslisten

Sachverständige

	Seite
Anja Gadow Vorstandsmitglied Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Berlin	6, 17, 19
Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Kultusminister Sachsen-Anhalt Kultusministerkonferenz, Bonn	7, 20
Prof. Dr. Peter Strohschneider Präsident des Wissenschaftsrats, Köln	9, 24
Prof. Dr. Margret Wintermantel Präsidentin Hochschulrektorenkonferenz, Bonn	11, 28
BMWF: PSts. Thomas Rachel, MdB	30

Ausschussmitglieder

	Seite
<hr/>	
<u>CDU/CSU</u>	
Abg. Tankred Schipanski	13
<u>SPD</u>	
Abg. Swen Schulz (Spandau)	13
<u>FDP</u>	
Abg. Prof. Dr. Martin Neumann (Lausitz)	14
<u>DIE LINKE.</u>	
Nicole Gohlke	15
<u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Kai Gehring	16

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr

Vorsitzende:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Experten, liebe Gäste. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserem heutigen öffentlichen Fachgespräch, mit dem wir als Ausschuss noch einmal mit den Expertinnen und Experten sondieren wollen, wo es mit der Umsetzung der Bologna-Reform im Argen liegt. Wie sieht es aus mit den Verantwortlichkeiten, wo sehen Sie jeweils die Ansatzpunkte, dass es besser wird, und was ist möglicherweise dazu auch schon getan worden? Wir haben ein sehr enges Zeitkorsett, und damit wir damit klar kommen, bitte ich Sie alle - einschließlich der Zuhörerinnen und Zuhörer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - uns dabei zu helfen, dass wir das auch einhalten können. Um 12.00 Uhr beginnt die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus mit Shimon Perez als Gastredner, und es ist selbstverständlich, dass wir als Abgeordnete dort alle pünktlich Platz genommen haben wollen. Weil wir noch ein paar interne Angelegenheiten vorab zu regeln haben, werde ich pünktlich um 11.30 Uhr - egal was passiert - dieses Fachgespräch beenden. Da die anschließende Sitzung eine nicht-öffentliche ist, darf ich Sie aber jetzt schon bitten, dass Sie alle ganz schnell diesen Saal verlassen, sobald ich die Sitzung schließe. Sie helfen uns damit pünktlich zur Feierstunde im Plenum zu sein. Ich bedanke mich jetzt schon bei allen.

Ich darf jetzt die Sachverständigen noch einmal ganz herzlich und persönlich begrüßen. Ich mache das heute nach dem Alphabet. Ich beginne mit Frau Anja Gadow, Vorstandsmitglied im Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS) in Berlin. Schön, dass Sie bei uns sind, Frau Gadow.

Als Nächster kommt Herr Professor Jan-Hendrik Olbertz, der heute als Vertreter für die Kultusministerkonferenz (KMK) hier sitzt und eigentlich mit zu den entscheidenden Vertretern gehört, an die sich ja auch viel Kritik und Unmut gerichtet hat in der Vergangenheit. Auch Sie sollen ganz herzlich begrüßt sein von allen.

Dann Herr Professor Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates; auch Sie sind ein immer wieder gern gesehener Gast hier in unserer Runde.

Mit großer Freude begrüße ich auch Frau Prof. Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz. Schön, dass Sie da sind.

Ich darf allen, die das erste Mal hier an unserem Fachgespräch teilnehmen sagen, wir sind eigentlich alle miteinander schon ein eingespieltes Team, weil Sie alle jeweils schon zu unterschiedlichen Gelegenheiten uns hier ihr Wissen, ihre Meinung, ihre Beiträge kundgetan haben.

Ich muss zu dem Anlass gar nicht mehr viel sagen, außer, dass ich es wichtig finde, noch einmal festzuhalten, dass die Studierendenproteste zu ganz viel Bewegung geführt haben und es zu einem intensiven Diskussionsprozess nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch innerhalb der Universitäten gekommen ist. Wenn man sich ansieht, wie die Diskussion jetzt auch innerhalb der einzelnen Hochschulen läuft, kann man sagen, es ist unterm Strich bis jetzt, was das Auslösen von Bewegung angeht, sehr erfolgreich gewesen. Wir möchten mit Ihnen heute erörtern, dass es nicht nur Bewegung als solche gibt, sondern dass sie auch zielführend ist und was die Ziele jeweils sein können.

Bevor wir anfangen können, haben ich Ihnen noch einige technische Hinweise zu geben. Nach interfraktioneller Vereinbarung haben wir verabredet, dass die

Sachverständigen gebeten sind, ein fünfminütiges Statement abzugeben. Der Aufruf erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Ich werde anschließend die Berichterstatter aus jeder Fraktion um ihre Fragen bitten. Danach gibt es eine kurze Antwortrunde, und danach wird die Fragerunde für alle geöffnet, jeweils auch mit einer kurzen Antwortrunde. Wir werden die Sitzung um 11.30 Uhr beenden. Weiterhin darf ich Sie darüber informieren, dass dieses Fachgespräch im Hauskanal des Deutschen Bundestages übertragen wird. Es wird zwischendurch ein Catering geben, und da bitte ich Sie, wenn Sie sich dann etwas zu trinken besorgen, das möglichst geräuscharm zu machen. Jetzt darf ich entsprechend der alphabetischen Reihenfolge Frau Gadow um ihr Statement bitten.

Anja **Gadow** (Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Berlin):

Spätestens seit den Bildungsstreiks, aber eigentlich schon davor, war das Wort „Bologna-Prozess“ ein bisschen zum Unwort mutiert, weil man es einfach als extreme Bürokratiekrücke empfunden hat. Wir als FZS können dies zu großen Teilen nachvollziehen.

Die Ziele sind eigentlich gar nicht so schlecht. Nur was die Umsetzung anbetrifft, da steckt - positiv ausgedrückt - noch extrem viel Potential dahinter, und dort hat man auch noch sehr viel Arbeit. Um ein Ziel zu nennen - ich glaube es wurde damals schon in Bologna beschlossen - die Mobilität, die man innerhalb der Bologna-Unterzeichnerstaaten fördern wollte: Das funktioniert erstaunlicherweise besser als innerdeutsch.

Versucht man von einer Hochschule in Berlin zu einer Hochschule in Brandenburg zu wechseln - und beide Länder sollten einmal fusionieren - ist es zum Teil unmöglich. Auch Frankfurt und Mainz - da gilt das Hessenticket auch noch bis nach Mainz - funktioniert einfach nicht, weil man die Studiengänge nicht anerkannt bekommt. Sobald der

Studiengang nur minimal anders heißt, heißt es, es ist ein anderer Studiengang.

Das nächste Problem ist die Studienfinanzierung, denn auch im BAföG-System scheint Bologna noch nicht angekommen zu sein. Wenn man davor Maschinenbau Fachrichtung „Konstruktionstechnik“ studiert hat und jetzt Maschinenbau Fachrichtung „Erneuerbare Energiesysteme“ aber noch innerhalb des dritte Semesters wechselt, hat man zwei Studiengänge mit gleichem Grundstudium. Trotzdem handelt es sich formal um einen anderen Studiengang, und man bekommt nichts anerkannt und muss in der Regel bei Null anfangen.

Was auch erwähnt werden muss, ist der Hickhack mit den ländergemeinsamen und landesspezifischen Strukturvorgaben. Die KMK hat in der 328. Plenarsitzung zwar einige Vorgaben verändert, die Detailregelung bezüglich der Credits allerdings wieder unverändert gelassen. Das heißt, dass man sechs Credits für mindestens ein Modul machen muss. Dies widerspricht relativ vielen Hochschulen, die komplett andere Konzepte haben, in denen man die Credits unverändert gelassen und die Inhalte angepasst hat. Die müssen jetzt im schlechtesten Fall alles wieder anpassen. Da ist dem FZS nicht klar, warum man das überhaupt hat und wer für was verantwortlich ist.

Man hat es ja auch im Bildungsstreik gesehen, es gibt Forderungen, und wenn man dann versucht, den Adressaten herauszufinden, das heißt, wer ist für was zuständig, liegt die Zuständigkeit bei der Föderalismusreform, also bei Bund und Ländern. Dann haben wir noch die Hochschulautonomie oder in NRW das Hochschulfreiheitsgesetz, wo die Hochschulen einzeln verantwortlich sind. Da muss sich einfach etwas tun.

Auch bei der Studienfinanzierung: Spätestens seit London hat man die soziale Dimension als relativ großes Kernthema definiert und den Aktionsplan zur sozialen Dimension erstellt, wo man gesagt

hat, man muss etwas machen, damit allen Menschen unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund ein Studium ermöglicht werden kann. Da helfen Stipendien in der Regel relativ wenig. Das hat auch eine Studie gerade gezeigt, in der ausgewertet wurde, wer zurzeit Stipendiat in den 11 Begabtenförderwerken ist. Dazu muss das BAföG ausgebaut werden. Man muss sich beim BAföG auch an die Situation anpassen, dass relativ viele Studierende nebenbei arbeiten.

Im Bologna-Prozess steht ja auch „Befähigung zur gesellschaftlichen Teilhabe“, das wäre dann so etwas wie Gremienpolitik oder Hochschulpolitik. Soziales Engagement kann man sich bei dem derzeitigen Plan gar nicht erlauben. Da müssen Regelungen geschaffen werden.

Ein weiteres Problem ist Altersgrenze. Es gibt den großen Begriff des Lebenslangen Lernens, das heißt, man hört nicht auf, wenn man mit seinem Bachelor, Master oder der Promotion fertig ist. Man macht einen Bachelor, arbeitet danach für einige Jahre in der Industrie bzw. in der Wirtschaft, sammelt Erfahrungen und will danach zurück an die Hochschule kommen. Es gibt Firmen, die nicht erlauben, dass man berufsbegleitend einen Master macht. Das bedeutet, dass man auf eine Studienfinanzierung angewiesen ist. In dieser Beziehung muss das BAföG ausgebaut werden. Auch die Regelung bis 35 Jahre, die jetzt überlegt wird, ist noch nicht unbedingt zielführend, da es auch immer noch Personen gibt, die mit 40 Jahren noch studieren wollen. Bei uns in der Hochschule nannte sich das intern ein bisschen flapsig „Rentnerstudiengänge“. Auch mit 45 Jahren soll es geben, dass man sich weiterbilden will. Das muss geklärt werden, auch generell die 300-Credit-Regelung. Ich habe nicht verstanden, warum sich der Bund dort so dermaßen reinreden lässt, dass er sich von der KMK sagen lässt, es müssen mindestens 300 Credits sein. Auch wenn man das flexibel macht, ist nicht ganz klar, wie man das dann gestalten soll. Da

muss noch einmal ein bisschen nachgesteuert werden. Dabei lasse ich es, ansonsten könnte das jetzt ein vierstündiger Monolog werden.

Prof. Dr. Jan-Hendrik **Olbertz** (Kultusministerkonferenz, Bonn):

Ich freue mich, hier Stellung nehmen zu können, sowohl in Bezug auf den Bologna-Prozess als auch auf das Grünbuch über die Mobilität junger Leute zu Lernzwecken. Ich vertrete den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Herrn Staatsminister Dr. Spaenle, spreche also für die Kultusminister.

Zur Situation im Hochschulbereich: 2010 ist ein wichtiges Datum, weil die Bologna-Erklärung von 1999 das Ziel beinhaltete, bis 2010 eben genau einen solchen europäischen Hochschulraum zu errichten, wobei immer mehr Länder dieses Ziel verfolgen, sodass es sicherlich ein Plastisches ist, das uns noch eine ganze Weile beschäftigen wird, zumal der Kreis der Länder, die diesen Hochschulraum errichten wollen sehr gewachsen ist im Verlauf der zehn Jahre.

Wir werden im März 2010 - zusammen mit den beteiligten Staaten - in Wien und Budapest Bilanz über das Erreichte ziehen und uns auch kritisch mit den Umsetzungsproblemen auseinandersetzen, auf die uns insbesondere die Studierenden ziemlich nachdrücklich aufmerksam gemacht haben. Die Ziele des Bologna-Prozesses muss man sich noch einmal vor Augen führen. Dieser Hochschulraum in Europa sollte damit einhergehen, dass Kompatibilität der Studiengänge herrscht, gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse, Mobilität der Studierenden und damit natürlich auch eine Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes für hochqualifizierte junge Leute.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, zu analysieren, welchen Herausforderungen man sich stellen muss, um diese Ziele konzentriert anzugehen und auch wirk-

lich zu erreichen. Das betrifft die Ausgestaltung der Curricula, das Stichwort Qualitätssicherung in der Lehre, Qualitätsmanagement in den Hochschulen insgesamt und die Anerkennungspraxis von Studienleistungen - also Äquivalenzregelungen -, das Thema Studierbarkeit der Bachelor- und Masterstudiengänge.

Bei alledem sollten wir uns davor hüten, das Erreichte nur schlecht zu reden. Das machen wir übrigens nur in Deutschland so. Wir haben allerdings auch den größten Schritt machen müssen aus den klassischen Studiengangstrukturen, den konventionellen Wahrnehmungen und Traditionen, die dahinterstehen, in die - eigentlich aus dem angelsächsischen Raum kommende - Bachelor-Master-Struktur. Der Schritt für uns ist ein sehr großer und deswegen haben wir auch ein paar Akzeptanzprobleme. Wir müssen uns davor hüten, Defizite, die wie in der akademischen Lehre seit Jahrzehnten beklagen, die im Grunde genommen seit Humboldt die Universität beschäftigen, jetzt der Bachelor- und Masterreform anzulasten, damit wir nicht falsche Kausalitäten auf die Tagesordnung rücken und uns wundern, dass wir dann auch zu falschen Schlüssen kommen.

Zum Wintersemester 2009/2010 sind fast 80 Prozent der Studienangebote in Deutschland in die Bachelor- und Masterstudiengänge umgewandelt worden. Damit ist der Weg für die strukturellen Veränderungen geebnet. Den inhaltlichen und prüfungsrelevanten Fragen gehen die Länder jetzt auch mit mehr Nachdruck nach. Ich will auch betonen, dass mir am Herzen liegt, die soziale Dimension des ganzen Projekts nicht zu vergessen, also für eine verbesserte Berufsbefähigung zu sorgen. Die Mobilität zu fördern, hat auch immer etwas mit sozialen Belangen zu tun, weshalb wir übrigens auch die Ankündigung der Bundesregierung begrüßen, eine BAföG-Novelle vorzunehmen, um auch hier die Fördersysteme stärker an die neuen Studiengangstrukturen anzupassen. Die Kul-

tusministerkonferenz hat sich mehrfach mit den Problemen der Umsetzung beschäftigt. Das betraf insbesondere das Stichwort Studierbarkeit, also Stoffdichte und Workload.

Bezüglich der Studiendauer ist noch einmal klargestellt worden, dass das Bachelorstudium sechs, sieben oder auch acht Semester dauern kann und das entsprechend dann auch die Dauer sich anschließender Masterstudiengänge unterschiedlich definiert ist. So ergibt sich eine Regelstudienzeit von fünf Jahren, von der dann nach oben und unten je nach Fach und übrigen Konstellationen abgewichen werden kann.

Ganz wichtig waren uns Vorgaben für die Prüfungszyklen, denn die Studierenden haben beklagt, dass es in den Modulen mehrere Prüfungen, Teilprüfungen und Ähnliches gibt. Eine große Rolle spielen hierbei die Bedürfnisse mancher Universitätsprofessoren, ihr Gebiet selbst abzugrenzen und abzuprüfen, auch wenn es nur ein Teilgebiet eines größeren ist. Es nützt nichts, wenn ein Fachgebiet am Ende durch fünf Teilprüfungen repräsentiert wird und die Studierenden gar nicht mehr zur Ruhe kommen. Hier haben wir die Hochschulen mit großem Nachdruck gebeten, sich mit uns zu verständigen und in den Zielvereinbarungen und Akkreditierungsprozessen festzuhalten, wie Prüfungszyklen sinnvoll ausgestaltet werden können, damit dieser Verschuldungstendenz entgegenge wirkt werden kann.

Äquivalenzregelungen sind eine Sache, die die Fachgesellschaften, die Fakultätsentage und die Agenturen behandeln müssen. Es geht nicht an, dass kleine Variationen desselben gleich dazu führen, dass Studienleistungen nicht anerkannt werden. Wir müssen übrigens in unserem System lernen, dass Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit unterschiedliche Sachen sind. Es geht um gleichwertige Anerkennung und Teilabschlüsse, nicht um gleichartige. Das kann man gar nicht verwirklichen. Bezüglich des Mo-

bilitätsfensters im Bachelorstudium haben wir das Diploma Supplement verabredet und schließlich auch uns vergewissert, dass es keinen quotierten Zugang zu Masterstudien gibt. Allerdings wird es einen leistungsbezogenen Zugang geben, weil wir immer Kapazitätsgrenzen beachten müssen.

Ich will noch mit ganz wenigen Worten zum Grünbuch übergehen. Die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken ist ja ein ganz wichtiges Element der bildungspolitischen Zusammenarbeit in Europa. Die deutschen Kultusminister unterstützen deswegen ausdrücklich, das im Grünbuch angestrebte Ziel grenzüberschreitende Mobilität junger Leute während ihrer Ausbildung zur Regel zu machen. Allerdings ist, unserer Ansicht nach, der im Grünbuch vorgegebene Altersrahmen von 16 - 35 Jahren ziemlich eng gefasst, zum einen wegen der bereits bestehenden Austauschmöglichkeiten zum Beispiel für jüngere Schüler, andererseits aber auch wegen der erforderlichen Unterstützung von Mobilität bei Menschen, die bereits einen Beruf ausüben und dann weit über 40 Jahre alt sein können.

Die Ihnen vorliegende gemeinsame Bund-Länder-Stellungnahme bringt die Expertise der nationalen Agenturen ein. Das ist der Pädagogische Austauschdienst (PAD), die Kultusministerkonferenz (KMK), der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) und die nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). In dieser Expertise soll ja auch die Vielfalt von Beispielen guter Praxis der regulären europäischen Mobilitätsprogramme veranschaulicht werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Prof. Dr. Peter **Strohschneider** (Wissenschaftsrat, Köln):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, die Studienreform muss fortgesetzt werden und zwar nach dem Prin-

zip, dass die begründbaren externen Ansprüche mit den internen Logiken akademischer Bildung in ein Balanceverhältnis gebracht werden müssen. Das ist sozusagen das Prinzip, von dem ich ausgehen würde und unter dem man dann die angesprochenen Einzelpunkte, Verdichtung und Ähnliches durchdeklinieren kann.

Die Bologna-Debatte ist aber nur eine Art von „catchwork“. Viele aktuelle Probleme, die unter diesem Label diskutiert werden, verdanken sich nicht der Struktur der Studienreform oder Problemen bei ihrer Umsetzung, sondern sind der jahrzehntelangen Unterfinanzierung des deutschen Hochschulwesens geschuldet und werden nun unter dem Label Bologna gewissermaßen mitdiskutiert.

Bund und Länder haben in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam die Fortführung der drei Pakte für die Wissenschaft beschlossen: Den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation. Sie wissen, wie wichtig diese Finanzierungsinstrumente für das deutsche Wissenschaftssystem und dessen Zukunftsfähigkeit sind. Es fehlt aber weiterhin ein Programm für die umfassende, systematische und nachhaltige Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium. Denn ein Gelingen der Bologna-Reform setzt bessere Betreuungsrelationen voraus. Wenn das deutsche Hochschulsystem im internationalen Wettbewerb bestehen soll, dann muss ein verantwortlicher quantitativer Ausbau einhergehen mit einer qualitativen Verbesserung der Hochschulausbildung. Wir haben im November 2008 in diesem Ausschuss bereits Gelegenheit gehabt, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium zu diskutieren. Es gibt immer wieder die Gelegenheit zu sagen, dass der Wissenschaftsrat solche Beschlüsse mit der Zustimmung des Bundes und der Länder fasst, in diesem Fall hat er die Empfehlungen mit der Zustimmung des Bundes und aller Länder verabschiedet.

Seit Juli 2008 ist wertvolle Zeit vergangen. Wertvoll deswegen, weil die geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge nun in die Hochschulen streben. Aber es ist, glaube ich, noch nicht zu spät zum Handeln. Was das deutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem tatsächlich benötigt - und nach meiner Wahrnehmung herrscht darüber politisch im prinzipiellen jedenfalls weitgehender Konsens - ist ein Hochschulsonderprogramm, ein Pakt für die Qualität von Lehre und Studium. Das ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, die die Länder alleine nicht bewältigen können. Wir sprechen - wir heißt, der Wissenschaftsrat - von 1,1 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich. Auf der anderen Seite kann der Bund schon aus verfassungsrechtlichen Gründen die Finanzierung eines Paktes für die Qualität von Lehre und Studium nicht allein übernehmen. Es geht also darum, eine verfassungskonforme, gemeinsame Finanzierungsmöglichkeit zu finden, zu entscheiden, wie ein solches Programm zugeschnitten sein soll und von wem es durchgeführt wird.

Es bietet sich ein Bund-Länder-Programm nach § 91b Grundgesetz an, ein Modell, das sich auch in der Vergangenheit als ein durchaus erfolgreicher Verfahrensweg bewiesen hat. Für diejenigen von Ihnen, die das HBFVG-Verfahren nicht für „die Blüte“ dieses Verfahrensweges halten, darf ich an die Exzellenzinitiative erinnern, die auf der selben Rechtsgrundlage außerordentlich erfolgreich das deutsche Hochschul- und Universitätssystem weiterentwickelt. Wie könnte ein solcher Pakt für Qualität von Lehre und Studium aussehen? Im Zentrum stehen müsste die Verbesserung der in vielen Fächern viel zu schlechten, in manchen debakulösen Betreuungsrelationen, das heißt die Verbesserung der Betreuungsrelation durch die Schaffung von zusätzlichen Stellen für Professorinnen und Professoren einschließlich der dafür vorzusehenden räumlichen Infrastruktur. Eine tatsächliche Verbesserung der gegenwärtigen Situation in den Betreuungsrelationen ist nicht nur über

eine Ausweitung des akademischen Mittelbaus zu erreichen, sondern über die Schaffung von weiteren Professuren. Andernfalls würde in den Massenfächern professorale Lehre eine Ausnahme von der Regel der Lehre durch den Mittelbau sein, und eine Fortschreibung dieses Ungleichgewichts würde eine ganze Reihe von Problemen weiter verschärfen.

Ich will nur das Stichwort Prüfungsberechtigung in diesem Zusammenhang nennen. Die Prüfungsberechtigung liegt in der Regel bei den Professoren. Lehre ist eine Daueraufgabe der Hochschulen, die in der Größenordnung, über die wir reden, nur über dauerhafte Personalstellen und deren Finanzierung gewährleistet und verbessert werden kann. Man kann in diesem Zusammenhang allerdings sehr wohl an das Instrument vorgezogener Berufung denken - auch an Professoren mit einem Tätigkeitsschwerpunkt in der Lehre - auch darüber haben wir hier schon gesprochen. Das ist ein Vorschlag des Wissenschaftsrats: Professuren, die maximal 12 Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung haben und die es ermöglichen, eine quantitative Verbesserung der Lehre zugleich mit einer qualitativen zu erreichen, ohne die akademische Lehre von der Forschung zu entkoppeln. Ich könnte das auf Wunsch gerne ausführlicher darlegen. Es geht nicht um einen Lecturer oder Lehrknecht, sondern es geht um einen attraktiven und durchlässigen Karriereweg, der auf eine Aufwertung der Lehre durch die Aufhebung der Asymmetrie zwischen dem, was man in der Wissenschaft durch Forschung und dem, was man durch Lehre erreichen kann, abzielt.

Weitere Maßnahmen eines Paktes für Qualität in der Lehre und im Studium bestünden aus Sicht des Wissenschaftsrats in der Schaffung eines Tutorenprogrammes, der Einrichtung eines Informations- und Beratungssystems für Studienanfänger und den Aufbau von Fachzentren für die Hochschullehre. Ein sichtbares Zeichen zur Aufwertung der Lehre

könnte es auch sein, wenn es in der Bundesrepublik einen Lehrpreis gäbe, der in seiner Dotierung und seinem Renommee so ausgestattet wäre wie die höchstrangigen Preise, die es für Forschungsleistungen gibt. Das ist ein knapp skizziertes Bündel von Maßnahmen, das insgesamt darauf abzielt, die Qualität von Lehre und Studium zeitnah und nachhaltig zu stärken und das dabei immer wieder von der Frage durchzogen ist, wie kann es gelingen, einen Mentalitätswandel in den Hochschulen anzustoßen, der zu einer neuen Lehrkultur und damit zu einer substantiellen Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium führt und der in manchen Punkten auch so angelegt ist, dass er die Eigenbedarfe der Politik im Hinblick auf öffentliche Weiterkommunikation auch befriedigt. Vielen Dank.

Prof. Dr. Margret **Wintermantel** (Hochschulrektorenkonferenz, Bonn):

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, dass ich natürlich zunächst einmal das Programm, das Herr Strohschneider eben skizziert hat, nur voll unterstützen kann. Sie haben danach gefragt, wie die aktuelle Situation bezüglich der Bologna-Reform aussieht. Die Bologna-Reform ist die tiefgreifendste Reform seit 200 Jahren. Sie fordert die Hochschulen heraus in einer Situation, in der vielfältige Aufgaben - auch andere Aufgaben - an diese herangetragen werden. Das heißt zum Beispiel, zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Region beizutragen, sich an die Spitzenforschung weltweit anzugliedern und - die Hauptherausforderung - etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs in den Hochschulen eine qualitätsvolle Ausbildung zu ermöglichen. Wir haben eine Veränderung unseres Studiensystems in die Zweistufigkeit der Undergraduates und der Graduates, was tatsächlich für die Hochschulen eine Umkonfiguration der gesamten Logik des Studiums bedeutet.

Die deutschen Hochschulen haben diese Herausforderung angenommen. Sie haben zum großen Teil ihre Studienangebote gleichsam umformatiert. Wir haben gehört, dass 80 Prozent der Studiengänge auf die neuen Abschlüsse umgestellt sind. Ausnahmen sind die kirchlichen Abschlüsse und die Staatsexamensfächer, also Jura und Medizin, die ja nicht alleine in der Verantwortung der Universitäten liegen. Fast dreiviertel aller Erstsemester haben sich in den Bachelor- und Masterstudiengängen immatrikuliert. Insgesamt sind derzeit 43 Prozent der Studierenden in einem neuen Studiengang eingeschrieben. Der Anteil der Absolventen und Absolventinnen ist vergleichsweise niedriger, weil die großen Studierenden-Kohorten noch nicht beim Examen angekommen sind. Wenn man nach einer empirisch gesicherten Bilanz der Umsetzung des Bologna-Prozesses fragt, dann muss man sagen, es ist noch sehr früh, weil wir noch nicht so viele Absolventen haben.

Aber wir haben doch sehr viel positivere Ergebnisse als es dem öffentlichen Eindruck - insbesondere auch dem in den Medien vermittelten Eindruck - entspricht. Nach der HIS-Studie ist die Abbrecherquote in den Geistes- und Kulturwissenschaften an den Universitäten gesunken. In den Natur- und Ingenieurwissenschaften stagnieren die Abbrecherquoten zwar, eine ungünstige Studienfachwahl wird aber wesentlich frühzeitiger erkannt, nicht erst im siebenten oder achten Semester sondern bereits im zweiten oder dritten Semester.

In der akademischen Lehre werden neben Fachinhalten nun auch überfachliche soziale und persönliche Kompetenzen gefördert. Die Studierenden beurteilen die Methodik und die Lehrqualität der Lehrenden in den modularisierten Studiengängen deutlich besser als früher. Das ist das Ergebnis dieser Untersuchung aus Konstanz. Die tatsächliche Fachstudiendauer von Bachelorabsolventen liegt bei 6,7 Semestern, erstmals nah an der durchschnittlichen Regelstudienzeit der

Studiengänge, was ein enormer Fortschritt gegenüber früher ist.

Jüngste Absolventenbefragungen des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung (INCER) Kassel bestätigen eine etwas gestiegene Mobilität - allerdings erst zwischen Bachelor und Master - und sie bestätigen auch eine gesteigerte Akzeptanz der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt. Die befragten Studierenden schließlich zeigen sich weitaus zufriedener als früher, bemängeln allerdings die schlechten Rahmenbedingungen des Studiums, zum Beispiel die fehlende Betreuung und Beratung als Folge der chronischen Unterfinanzierung.

Der Erfolg des Bologna-Prozesses beruht auf der Zweistufigkeit eines ersten gut organisierten Studiums und der anschließenden Vertiefung in einem Masterprogramm. Diese Logik des Studiums ist eine gänzlich andere, als wir sie früher hatten und verlangt nach einer besseren Betreuungsrelation, die die Studierenden zu Recht anmahnen. Insofern ist die Reform nicht beendet. Künftig müssen wir uns alle darauf konzentrieren, die Qualität des Studiums zu sichern und weiter zu verbessern.

Die jungen Menschen, die in den Hochschulen studieren und die, die sozusagen jetzt schon vor den Toren der Hochschulen stehen, haben das Recht - auch die Arbeitgeber haben das Recht -, dass diese Reform tatsächlich ein Erfolg wird. In der Diskussion über Bologna müssen sich alle Beteiligten immer wieder fragen, wie sie zu diesem Erfolg beitragen können.

Wir haben die grundsätzliche Übereinstimmung - und ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was Herr Strohschneider gesagt hat -, dass wir ein großes Programm brauchen, um tatsächlich in den nächsten Jahren den vielen jungen Leuten, die in Deutschland studierfähig sind, eine Chance zu geben. Wir brauchen ein großes Programm zur Veränderung der Betreuungsrelation. Wir brau-

chen Kompetenzzentren, auch für die einzelnen Fachdisziplinen, um neue Formen der Lehre und neue Formen der Prüfung auszuprobieren.

Ein Wort vielleicht auch zu den Prüfungen. Es steht nirgendwo festgeschrieben, dass Prüfungen immer in Form von einzelnen Klausuren abgehalten werden müssen, sondern es ging bei der Idee der studienbegleitenden Prüfungen lediglich um vernünftige Feedback-Prozesse, damit die Studenten relativ frühzeitig Feedback über das Gelernte erhalten und nicht nach acht Semestern zum ersten Mal eine große Prüfung machen müssen. Wir brauchen also auch hier neue Formen der Prüfung, die entwickelt auch beforscht werden müssen.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat auf Initiative der Studierenden in einer Senatsentschließung beschlossen, sogenannte Bologna-Thementage durchzuführen. Wir haben derzeit an allen Hochschulen Thementage an denen die Studierenden mit den Lehrenden gemeinsam versuchen, die Knackpunkte der Bologna-Reform zu identifizieren, um dann die Schwächen auszubügeln. Noch einmal: Wir müssen im Bereich der Prüfungsbelastung und im Bereich der Konfiguration der Studiengänge unsere Qualität erhalten und weiter verbessern. Die Hochschulen sind mit aller Kraft dabei, aber die Politik darf sie nicht alleine lassen. Ich möchte ganz deutlich sagen: Die Hochschulen haben mit größter Anstrengung ohne zusätzliche Mittel die Bologna-Reform durchgeführt, und ihnen steht jetzt der Wind natürlich scharf im Gesicht, weil die Studierenden zum Teil zu Recht, zum Teil aber auch mit vielen anderen Problemen in diese Bildungsstreiks hineingehen.

Ich möchte die Politik nachdrücklich darum bitten, die Ernsthaftigkeit der Situation zu sehen, die große Chance, die wir mit den vielen jungen Leuten haben, die derzeit studienbereit und studierfähig sind. Es ist eine große Chance, die die deutsche Gesellschaft insgesamt mit

einer großen Zahl gut ausgebildeter Menschen hat. Ich hatte jetzt die Gelegenheit, beim Spitzencluster-Wettbewerb des BMBF dabei zu sein. Auch da kam sozusagen die Forderung derjenigen, die solche Spitzencluster entwickeln, dass wir unbedingt guten Nachwuchs brauchen. Wir brauchen Fachkräfte - nicht nur Ingenieure und Naturwissenschaftler -, sondern auch Kultur- und Geisteswissenschaftler. Wir brauchen sie und wir sind in der Verantwortung, ihnen ein qualitativvolles Studium zu ermöglichen. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Wir kommen damit in die erste Beratungsrunde. Das Wort hat für die Unionsfraktion der Kollege Schipanski.

Abg. Tankred **Schipanski** (CDU/CSU):

Frau Prof. Wintermantel hat es sehr schön vorgetragen. Die Koalition sieht die Chance dieser Reform. Wir haben im Koalitionsvertrag ein Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket vereinbart. Wir stellen dieser Legislatur 12 Mrd. Euro zur Verfügung. Ich denke, das ist ein großes Programm, welches wir da auf die Beine stellen.

Ich hätte einige ganz konkrete Fragen zu Ihren Ausführungen. Das betrifft zum einen die Zusammenarbeit mit dem Akkreditierungsrat bzw. den Akkreditierungsagenturen, wie das aus Ihrer Sicht läuft. Zum anderen hat die KMK im Dezember 2009 ein Eckpunktepapier auf den Weg gebracht, da würde mich interessieren, wie ist die zeitliche Dimension der Umsetzung dieses Eckpunktepapiers. Ich glaube, das Betreuungsverhältnis bei den naturwissenschaftlichen Fächern scheint mir doch wesentlich günstiger zu sein als das bei den Geisteswissenschaften der Fall ist. Das bedeutet, dass man diese schlechte Lehrsituation nicht immer pauschalisiert vortragen sollte, sondern dass man wirklich sagen muss, dass

es bei den Geisteswissenschaftlern ein Problem gibt. Daran anschließend muss man aber auch sagen, dass diese Studienform mit Bachelor und Master zu einer starken Strukturierung des geisteswissenschaftlichen Studiums führt. Dies ist doch wiederum eine sehr positive Sache. Wenn man die Zahlen von Frau Prof. Wintermantel mit den Abbrecherquoten hört, bestätigt dies doch grade für die Geisteswissenschaften, dass wir mit dieser Studienreform auf dem richtigen Weg sind.

Vorsitzende:

Ja, herzlichen Dank. Damit hat als nächstes der Kollege Swen Schulz für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Swen **Schulz** (Spandau) (SPD):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich verzichte jetzt auf eine Replik zur Eingangsbemerkung des Kollegen Schipanski, ob die Koalition die Themen jetzt aufgreift und eine vernünftige Politik konzipiert. Wir wollen ja hören, was unsere Gäste zu sagen haben. Ganz grundsätzlich ist es ja so, dass die Studierendenproteste tatsächlich eine ganze Menge Bewegung ausgelöst haben. Da können wir als Bildungspolitikern nur dankbar sein, dass die Studierenden so viel Druck gemacht haben, dass unsere Themen jetzt so weit oben auf der Tagesordnung stehen.

Es gibt da wohl zwei Ebenen, die wir systematisch zu unterscheiden haben, obwohl sie in einem gewissen Zusammenhang stehen. Das eine ist die Situation an den Hochschulen, das heißt die Strukturen, die Lehre und wie die Betreuungsrelation aussieht und das andere, die soziale Situation der Studierenden. Ich möchte mit den sozialen Themen anfangen. Frau Gadow und Herr Prof. Olbertz haben ja schon etwas dazu gesagt, aber bei Prof. Strohschneider und Prof. Wintermantel habe ich das noch nicht herausgehört. Wie schätzen

Sie den Handlungsbedarf ein, was die soziale Situation der Studierenden betrifft? Stichpunkte wären zum Beispiel die finanzielle Unterstützung von Studierenden, die Frage, was müssen wir beim BAföG machen, inwieweit muss es Bologna-kompatibel sein, was muss im Bereich der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen passieren? Da hätte ich gerne von Ihnen ein paar Hinweise.

Dann zur Situation an den Hochschulen. Ich werde häufig auf die Frage angesprochen: „Wie ist es mit dem Übergang vom Bachelor zum Master?“ Wer darf wann, wie, warum, nicht nur den Bachelor machen, sondern auch den Master oben drauf setzen? Ich hätte gerne von allen unseren Gästen nochmal einen Hinweis dazu, wie Sie sich das vorstellen. Der neue KMK-Präsident Staatsminister Spaenle hat gesagt: „Bund und Länder müssen weiteres Geld in die Hand nehmen, um noch mehr Studienplätze zu schaffen.“ Ich hätte gerne eine Einschätzung von Ihnen, welcher Handlungsbedarf sich an dieser Stelle ergibt, was die Ausweitung der Studienplatzkapazitäten betrifft.

Herr Prof. Strohschneider, ich habe mich sehr gefreut, über das, was Sie zum Thema Pakt für Lehre/Studienpakt von Bund und Ländern gesagt haben. Das ist exakt die Vorstellung der SPD-Bundestagsfraktion. Sie haben hier auf das Gutachten des Wissenschaftsrats von 2008 rekurriert. Sie sagten, seitdem ist wertvolle Zeit verloren gegangen. Ich möchte deswegen fragen - Sie haben da ja auch sehr präzise Vorstellungen entwickelt, was die Finanzierungsbedarfe anbetrifft - inwieweit sich eventuell die Situation noch verändert hat, ob da noch ein Stück weit nachzubessern ist im Lichte der Dinge, die seit den letzten zwei Jahren passiert sind.

Um auch noch einmal auf die größere politische Ebene zu kommen, Frau Gadow, Frau Prof. Wintermantel, Herr Prof. Strohschneider: Wie beurteilen sie denn eigentlich das, was bislang auf der gro-

ßen politischen Bühne passiert ist, sprich Bildungsgipfel von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten, und welche Erwartungen haben Sie jetzt für die nächsten Monate? Es ist ja einiges an Gipfeln angekündigt. Im April 2010 hat Bundesministerin Annette Schavan zu einem Bologna-Gipfel eingeladen, und dann soll es im Juni 2010 eine neue Auflage des Bildungsgipfels der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten geben. Was denken Sie, muss an politischen Weichenstellungen vorgenommen werden?

Dann Herr Prof. Olbertz vielleicht noch einmal genauer aus der Sicht der KMK, mit welchen Vorstellungen gehen Sie denn jetzt in die nächsten Beratungen herein? Was passiert da im April 2010 - sprich mit der Ministerin - soll da das ausgearbeitet werden, was im Juni 2010 dann von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten finanziell untermauert werden soll?

Vorsitzende:

So, vielen Dank. Damit geht die Runde an Herrn Prof. Neumann für die FDP Fraktion, dem ich hiermit gleichzeitig ganz herzlichen Glückwunsch zum heutigen Geburtstag sage.

Abg. Prof. Dr. Martin **Neumann** (FDP) :

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für die guten Wünsche. Ich finde es gut, dass es dieses Fachgespräch heute gibt. Viele der vorgetragenen Dinge decken sich auch mit meinen eigenen persönlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre. Ich fand es übrigens auch bemerkenswert, Frau Vorsitzende, dass Sie diese Veranstaltung ja auch schon als kleinen Bildungsgipfel bezeichnet haben. Aber das tut ja nichts ab, dass wir uns diesem Thema intensiv widmen.

Ich will vielleicht ganz kurz noch einmal die letzte Bemerkung zum Thema BAföG

aufgreifen. Wir betrachten ja diese Dinge im Komplex. Wenn man sich vor Augen führt, dass 333.000 BAföG-Empfänger, so ist es im Grünbuch zu lesen, BAföG empfangen, aber über 1,3 Millionen Studierende BAföG-berechtigt sind, dann ist das nur ein knappes Viertel. Warum nutzt nur ein Viertel diese Möglichkeiten? Was wäre aus Ihrer Sicht notwendig, um da Verbesserungen zu erreichen?

Desweiteren haben wir ja in den vergangenen Monaten erlebt, dass eine niederschmetternde Rezeption des Bologna-Prozesses in der Öffentlichkeit wahrzunehmen war. Wenn ich den Berichten hier folge, dann haben wir durchaus positive und weiterentwicklungsfähige Dinge gehört. Jetzt meine Frage, wie erklärt man sich dann die Proteste bzw. die öffentliche Wahrnehmung im Zusammenhang mit der doch nachvollziehbaren und auch empirisch nachgewiesenen hohen subjektiven Zufriedenheit der einzelnen Studierenden? Das ist ein wichtiger Punkt, weil man möglicherweise an dieser Stelle auch noch einmal nachhelfen müsste.

Herr Prof. Olbertz sprach von der Problematik der Vergleichbarkeit bezüglich Transparenz und Mobilität. Ich finde das ist ein sehr wichtiger Aspekt. Für mich war es seinerzeit in der Debatte und bei der Einführung des Bologna-Prozesses so, dass man, wenn man europäisch studieren möchte, vergleichbare Module braucht. Die Frage ist, wie kann das gelingen? Sehen Sie Möglichkeiten, Module anzupassen - das heißt, ich mache ein Semester in Frankreich, ein anderes in Deutschland oder wo auch immer - um ein europäisches Studium zu organisieren? Das war ja ursprünglich auch eine Zielstellung des Bologna-Prozesses. Wie kann man an dieser Stelle nachhelfen? Wir haben ja an den Hochschulen mitbekommen, dass es eine gewisse Inflation von Studiengängen gab, die dann nach und nach wieder abgeflacht ist. Ich denke, das ist ein Problem, das man auch politisch begleiten könnte.

Ein dritter Punkt - auch an alle Vortragenden: Wo sehen Sie die eigentlichen Schwächen bei der Umstellung der Studienstrukturen? Wo muss man ganz konkret nachhelfen und eventuell tatsächlich den Prozess weiter begleiten?

Angesprochen war der vierte Punkt - der Qualitätspakt Lehre und Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses, das Thema Professuren. Wir haben in der Vergangenheit verschiedene Elemente der Professuren erlebt, zum Beispiel das ganze Feld der Juniorprofessuren. Wir hatten auch angestrebt, das Thema Seniorprofessuren tatsächlich mit in die Diskussion hinein zu nehmen, um zu überlegen wie Qualität, Erfahrung und personell verschiedene Qualitäten und Qualitätsstufen erreicht werden können.

Eine allerletzte Bemerkung: Die Bundesregierung wird ja für diesen Qualitätspakt eine 750 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Wo sehen Sie Einsatzbedingungen, um dieses Geld sinnvoll einzusetzen?

Soweit aus unserer Sicht, besten Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank.

Für die Fraktion DIE LINKE. hat nun Nicole Gohlke das Wort.

Abg. Nicole **Gohlke** (DIE LINKE.):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, meine ersten Anmerkungen und Fragen beziehen sich dann auch noch einmal auf das Thema Akkreditierung. Das System der Akkreditierung hat ja auch ein paar Schwierigkeiten mit sich gebracht, insbesondere wenn man sich die starke Arbeitsbelastung und manche organisatorischen Mängel in den neuen Studiengängen ansieht, aber auch wenn man die damit verbundene erhöhte fi-

nanzielle Belastung der Hochschulen durch das sehr kostenintensive Verfahren der Akkreditierungen betrachtet. Deswegen wäre meine Frage hierzu, insbesondere an Frau Gadow aber auch an Herrn Prof. Strohschneider: Welche positiven Effekte, aber auch welche Defizite weist das aktuelle System der Studienakkreditierung auf, und wie können diese aus Ihrer Sicht behoben werden? Ich verbinde dies mit der Frage, ob Sie es vor diesem Hintergrund für sinnvoll halten, mehr politische und vor allem mehr demokratische Kontrolle über Inhalte und Aufbau der Studiengänge herzustellen und wie sie das Thema private Akkreditierungsagenturen beurteilen.

Als nächstes möchte ich noch einmal auf das BAföG zu sprechen kommen. Die gerade veröffentlichte HIS-Studie zu Studienabbrechern hat noch einmal die soziale Selektivität des Bildungssystems dokumentiert und ausgewiesen, dass 31 Prozent der Abbrecherinnen und Abbrecher Überforderung als Grund angeben und 19 Prozent finanzielle Gründe genannt haben. Vor dem Hintergrund, dass rund zwei Drittel der Studierenden auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind, um ihr Studium zu finanzieren, wäre jetzt noch einmal meine Frage an die Vertreterin vom FZS, wie aus Ihrer Sicht die Studienfinanzierung umgebaut werden müsste, um die Zahl auch erwerbstätiger Studierender nachhaltig senken zu können und finanzielle Hürden während des Studiums oder bei der Aufnahme des Studiums abzubauen. Vor diesem Hintergrund bitte ich auch noch einmal um eine Einschätzung, wie die Studiengebühren in diesem Zusammenhang beurteilt werden.

Meine letzte Frage, gerichtet an Frau Prof. Wintermantel, bezieht sich auf den angekündigten Bologna-Gipfel. Da wurde ja auch angekündigt, dass alle Beteiligten mit einbezogen werden sollen - auch die jetzt gerade protestierenden Studierenden. Wie weit sind denn die Vorbereitungen des Bologna-Gipfels jetzt gediehen, wer ist federführend zuständig für

die Organisation und den Ablauf des Gipfels und welche Organisationen, Institutionen und Gruppierungen wurden bislang einbezogen? Sind zum Beispiel auch die Finanzminister von Bund und Ländern einbezogen, die ja dann auch für die Umsetzung maßgeblich entscheidend wären?

Vorsitzende:

Vielen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun Kai Gehring, bitte.

Abg. Kai **Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herzlichen Dank. Uns geht es als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darum, dass die positive Vision eines europäischen Hochschulrahmens tatsächlich verwirklicht wird. Wenn man sich jetzt zum zehnten Bologna-Geburtstag die Umsetzung anguckt, dann muss man sagen, noch nicht zufriedenstellend, sehr durchwachsen ist die Zwischenbilanz mit viel Licht und Schatten. Uns geht es aber nicht um eine Rückabwicklung der Reform, sondern darum, Kurskorrekturen einzuleiten, um die Studienstrukturreform in eine Qualitäts- und Lehrreform mit besseren Studienbedingungen für alle münden zu lassen.

Ich habe verschiedene Fragen: Zum einen geht es darum, dass gerade auch der letzte Bologna-Bericht der Bundesregierung deutlich gemacht hat, dass im Bereich Mobilität noch eine ganze Menge zu tun ist. Da hätte ich eine Frage an Frau Prof. Wintermantel und an Herrn Prof. Olbertz. Ein Ergebnis lautete, dass 41 Prozent der im Ausland erworbenen Studienleistungen hierzulande nicht anerkannt werden. Das heißt, dass die Anerkennungspraxis hierzulande noch sehr zu wünschen übrig lässt. Ich würde Sie gerne fragen, welche Gründe es dafür gibt und welche Maßnahmen wollen KMK, HRK sowie Bund und Länder verabreden, um diese Anerkennungspraxis endlich zu verbessern.

Der zweite Punkt wäre für uns, dass in den Diskussionen immer wieder die Forderung nach einem Recht auf einen Master erhoben wird. Wir sehen das durchaus skeptisch, würden aber gerne von Ihnen als Praktiker wissen - insbesondere von Herrn Prof. Strohschneider - welche Auswirkung ein solches Recht auf Master, auf die Zweistufigkeit und auf die Frage des Ausbau und Aufbaus von Masterstudienplätzen haben könnte. Wie positionieren Sie sich zu dieser Forderung?

Eine dritte Frage geht an Frau Gadow. Das Thema soziale Dimension als ein Kernbestandteil der Bologna-Reform ist bereits angesprochen worden. Inwieweit sehen Sie in diesem Reformprozess die soziale Dimension berücksichtigt, und was ist über die Frage, wie wir die Studienfinanzierung Bologna-tauglich gestalten können, noch zu tun, um die soziale Öffnung der Hochschulen entsprechend zu stärken? Eine weitere Frage geht an Herrn Prof. Olbertz. In der KMK-Verabredung ist mir aufgefallen, dass gänzlich darauf verzichtet wird, die Korrekturmaßnahmen finanziell zu hinterlegen. Wie positioniert sich denn die KMK? Welchen Finanz- bzw. Gegenfinanzierungsbedarf sehen Sie bei der Bologna-Reform? Machen Sie sich den 15-Prozent-Aufschlag für bessere Qualität zu eigen, oder geht es Ihnen darum, sich die 1,1 Milliarden-Forderung des Wissenschaftsrates zu eigen zu machen? Das wäre für die weitere Reformdiskussion sicherlich sehr wichtig.

Eine fünfte Frage richtet sich jetzt ausnahmsweise einmal an die Bundesregierung, weil die Sachverständigen schon gefragt worden sind. Welche Vorstellung hat die Bundesregierung davon, was im Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket tatsächlich enthalten sein soll?

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Das war ja schon eine reichhaltige Sammlung von Fragestel-

lungen. Wir gehen in die Antwortrunde und beginnen in der bekannten Reihenfolge.

Anja **Gadow** (Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Berlin):

Die erste Frage betraf den Bachelor-Master-Übergang. Da haben wir derzeit das Problem, dass die eine Seite sagt, es gibt keine Übergangsmöglichkeit und die andere Seite - namentlich zum Beispiel die KMK - sagt regelmäßig in der Bologna-Follow-up-Group, wir hätten genug Kapazitäten. Es seien auch regelmäßig Plätze frei, weil sich niemand bewerbe. Das Problem ist, dass die genauen Zahlen nicht bekannt sind. Die werden einfach nicht geliefert. Was aber auch ein Problem ist, wenn Studierende im Bachelor-Studiengang sind, kommt relativ schnell und häufig von Professorinnen und Professoren: „Du bist halt Bachelor, damit kannst du nichts.“ Man kommt schon mit einer Angst an die Hochschule und bekommt auch die ganze Zeit vermittelt, wenn du den Master nicht bekommst, dann bist du nichts. Das ist eine ewige Diskussion, die auch immer wieder an den Hochschulen und in der Öffentlichkeit stattfindet. Wie viele Plätze es genau gibt, ist einfach nicht bekannt. Was man aber häufig braucht, sind dann noch zusätzliche Noten. Man bekommt schon vom ersten Semester an die Angst geschürt, du musst unter den drei Besten sein, ansonsten bekommst du keinen Masterstudienplatz. Ein zusätzliches Problem ist, von einer Hochschule zu einer anderen zu wechseln, weil die Bewerbungsfristen so kurz geregelt sind, dass man in der Regel den Bachelorabschluss noch gar nicht hat. Da muss dann an jeder Hochschule eine individuelle Einzelfallregelung gefunden werden, damit man irgendwie doch noch zu einem Masterstudienplatz kommt.

Generell mehr Studienplätze - super. Es gibt die Regelung, dass 40 Prozent eines Altersjahrgangs aufgenommen werden sollen. Das haben wir immer noch nicht

ganz erreicht. Wenn wir das erreichen wollen, brauchen wir mehr Studienplätze. Dabei ist aber bitte zu beachten, dass man die Studienplätze nicht nur im Bachelorsystem ausbaut, sondern natürlich auch im Mastersystem. Ansonsten haben wir genau das, was jetzt die Angst - zu mindestens auf meiner Seite - ist, dass man einfach zu wenig Masterstudienplätze hat und ein Masterstudienplatz wieder nur für die Elite zugänglich ist.

Zum Thema Bildungsgipfel und Erwartungen: Von Frau Bundesministerin Schavan erwarten wir nicht mehr viel. Wir haben das Gefühl, dass sie einfach relativ medienwirksam sagt, sie versteht die Studierenden und sie versteht auch, dass es Probleme gibt. Schaut man sich dann aber die Maßnahmen, die sie anspricht genauer an, so helfen diese dann auch nicht wirklich. Jetzt kam zum Beispiel die Aussage, zur Verbesserung der Studiensituation schaffen wir mehr Stipendien. Die bekommen dann auch wieder nur die zehn Prozent der Besten. Wonach „Beste“ bewertet wird, ist bekannt. Es gab auch Studien dazu, wer die Stipendien bekommt. Ich glaube, von den Gipfeln erwarte ich nicht mehr viel, außer man bekommt es hin, dass wirklich mal ergebnisoffen verhandelt wird. Das geht nur, wenn man mal die Angst weglässt, dass man das Gesicht oder den Status verliert und dann einfach ganz offen und ehrlich diskutiert. Zur Not müssen sie sich alle einschließen, und dann wird es komplett geheim gemacht, damit man dann mal ganz ehrlich sagt, KMK, wir haben den Fehler gemacht, Bundesregierung wir haben den Fehler gemacht, HRK, wir haben den Fehler gemacht, FZS, wir haben den Fehler gemacht und sich danach einfach gemeinsam hinsetzt und offen diskutiert, wo man gemeinsam an den Problemen arbeiten kann.

Was jetzt in der Bildungsstreitdebatte immer passiert, ist: Die Bundesregierung sagt, daran sind die Länder schuld; die Länder sagen, daran sind die Hochschulen schuld oder aber die Bundesregie-

rung und die Hochschulen sagen, daran sind alle schuld, aber nicht wir. Es hilft uns nicht weiter, wenn wir einfach nur den Ball hin und her schießen. Es muss etwas passieren. Ich glaube aber, da fehlt bei einigen Beteiligten noch die wirkliche Einsicht, dass man sich hinsetzt und dann einfach diskutiert und gemeinsam Lösungswege findet.

Wie erklärt man sich die Proteste? Wenn man an die Hochschule geht und sagt, wir haben dieses oder jenes Problem oder wir wollen im Curriculum dieses oder jenes ändern, dann kommt entweder, das stand in den ländergemeinsamen Strukturvorgaben, da ist die KMK daran schuld - also gerade diese Verschulung und Verprüfung. Das steht da nicht drin, aber versuchen Sie mal als Student, der danach noch bei dem Professor eine Prüfung machen muss, zu sagen, nein, du hast da unrecht, das ist falsch. Das funktioniert nicht so einfach. Also musste man eine kritische Masse erreichen. Durch die kritische Masse gibt es jetzt zum Teil Diskussionen. Wenn es nicht anders geht, dann muss man diesen Weg gehen.

Modulanpassungen sehe ich persönlich kritisch. Was heißt Anpassung? Das bedeutet dann nämlich nach dem deutschen System - jetzt neuerdings auch schon fast im europäischen System - automatisch Gleichheit. Das heißt, man macht keine Anpassung, sondern man kommt nur ein bisschen zu den Rahmenprüfungsordnungen zurück, wo ganz klar geregelt ist, was in einem Modul enthalten sein muss. Ich glaube, das funktioniert nicht. Was aber früher funktioniert hat, war, dass man zum Beispiel bei der Anerkennung auch die Inhalte betrachtet hat. Heute schaut man auf den Namen des Moduls, auf die Credits des Moduls und danach passt es. Man achtet auch nicht mehr darauf, gerade in der Anfangsphase ein bisschen legerer zu sein und es nicht ganz so ernst zu nehmen, wenn ich dann nur 90 Prozent von einem Fach habe, dafür habe ich dann in einem anderen wahrscheinlich 110 oder

120 Prozent der Inhalte, die ich an meiner Hochschule brauche. Das würde eine wesentliche Erleichterung bringen. Es ist utopisch, dass in den einzelnen Bundesländern Modulanpassungen für alle Studiengänge durchgeführt werden. Nehmen wir zum Beispiel NRW mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz, das kann man dann völlig vergessen.

Eine große Schwäche ist nicht unbedingt der Bologna-Prozess sondern das Kaputtsparen, dass man einfach kein Geld mehr für die Hochschulen hat. Ich bin Diplomingenieurin für Pharma-Chemietechnik. Bei mir an der Hochschule war es normal, wenn der Professor gefragt hat, wie alt ist das Gerät, wir alle automatisch zwanzig Jahre gesagt haben. Man hat in der Regel veraltete Geräte, da muss einfach mehr Geld rein. Es gibt Gebäude, in denen die Räume schimmeln. Das funktioniert einfach nicht, und da kann man auch nicht sagen, da hat die Hochschule schlecht gewirtschaftet, wenn sie immer weniger Geld bekommt.

Was ich gerade ein bisschen süß fand, war der Qualitätspakt mit einer dreiviertel Milliarde Euro, wo sollen die hingehen? Wenn ich mir die Hochschulen ansehe, wäre das Einzige, was mir spontan einfällt, das Geld dem Akkreditierungsrat zur Verfügung zu stellen, da dieser die ganze Zeit meckert, dass er zu wenig Geld hat, um wissenschaftlichen Studien machen zu können. Es wäre eine Möglichkeit, das Geld dort reinzupacken, dann wäre der Akkreditierungsrat gut finanziert. Die hätten bestimmt auch tolle Ideen, die sie anschließend alle umsetzen. Damit sind wir dann auch schon beim Thema „Akkreditierung“.

Vorsitzende:

Frau Gadow, lassen Sie mich bitte einen kleinen Moment. Ich weiß, dass das heute sehr kompakt ist und die Konzentration mit der Zeit auch ein bisschen nachlässt. Im Interesse der Information und des Engagements unserer Experten bitte

ich alle, wenn Sie Gespräche führen möchten, dass draußen zu tun.

Frau Grütters, der Hinweis mit der Redezeit, ich habe das schon im Blick. Frau Gadow bemüht sich nach meinem Dafürhalten jetzt wirklich in einer Wahnsinnseschwindigkeit, die vielen Fragen, die ihr gestellt wurden, zu beantworten. Ich finde die Studierenden haben nicht immer die Gelegenheit, an Gipfeln teilzunehmen und auf Fragen zu antworten, die alle interessieren. Frau Grütters, lassen Sie es uns doch jetzt einfach so machen. Ich würde Frau Gadow jetzt gerne wieder das Wort geben. Dann kommen wir auch weiter und werden alle Fragen im Zeitrahmen beantworten. Die Bilanz ziehen wir dann, wenn alle geantwortet haben, Frau Grütters. Dann können wir uns auch darüber unterhalten, wie wir es beim nächsten Mal machen wollen. Jetzt bleiben wir in dem Verfahren und Frau Gadow hat wieder das Wort.

Anja **Gadow** (Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, Berlin):

Zum Thema positive und defizitäre Punkte im Akkreditierungssystem: Einen positiven Punkt gab es. Man hat im Rahmen der Programmakkreditierung eine Qualitätsdebatte an den Hochschulen geführt. Nicht, dass sie überall unbedingt gut gelaufen ist, wahrscheinlich ist sie aber auch nicht überall schlecht gelaufen. Ich bin aber eher eine Pessimistin, demzufolge kenne ich eher Negativ- als Positivbeispiele. Ein Problem ist die Detailregelung und das unübersichtliche System. Derzeit sind neun Agenturen zuständig. Eine nur für Programm - andere für Programm- und Systemakkreditierung. Was auch nicht klar ist am Akkreditierungssystem, ist die Frage, wo ist es verankert, im Privatrecht oder im Verwaltungsrecht? Das ist alles noch nicht so richtig klar. Ich hoffe, dass wirklich irgendwann einmal geklagt wird, damit das einfach mal klar wird. Ein großer Kritikpunkt des FZS ist, dass der Akkreditierungsrat in der jetzigen Form

nicht unabhängig ist, da die Kultusministerkonferenz mit vier Sitzen in dem Gremium vertreten ist und demzufolge regelmäßig Wünsche in den Akkreditierungsrat einbringt. Der zweite Satz nach dem Wunsch ist immer, wenn ihr es nicht macht, entscheiden wir das einfach auf der nächsten KMK-Sitzung. Auch die externe Evaluation hat ergeben, dass das auf alle Fälle geändert werden sollte. Man darf jetzt gespannt sein, zu welchem Ergebnis der Akkreditierungsrat kommen wird.

„Studienfinanzierung“ war eine Frage. Unsere Forderung ist, dass Studienfinanzierung generell alters- und herkunftsunabhängig, bedarfsdeckend und als Vollzuschuss gewährt werden muss. Anders funktioniert es nicht. Es gibt viele Studierende, die das Studium abbrechen, weil sie Angst vor der Verschuldung haben. Als ich damals mit dem Studium angefangen habe, habe ich noch gedacht, ich bekomme danach einen Job. Wenn ich jetzt anfangen würde, wüsste ich auch nicht, ob ich danach einen Job bekommen würde. Je nachdem, wie hoch man sich verschuldet, wäre das dann ein Glücksspiel. Ich hatte die luxuriöse Situation, dass ich in Berlin studiert hatte. Das heißt, wir hatten nur den Verwaltungskostenbeitrag und keine Studiengebühren zu bezahlen. Mit Studiengebühren ist es dann noch einmal schwieriger, daher auch unsere Forderung, Studiengebühren abschaffen um jeden Preis. Es widerspricht auch komplett der sozialen Dimension, dass man Studiengebühren einführt und damit dann bildungsherkunftsabhängig und nicht mehr herkunftsunabhängig ist.

Außer den bereits erwähnten, sollte man bei der sozialen Dimension folgende Punkte ebenfalls noch berücksichtigen: Wie können chronisch Kranke und Behinderte so an die Hochschulen kommen, dass es wirklich funktioniert. Im Augenblick sind es teilweise Marathonläufe, die sie über sich ergehen lassen müssen. Ich kenne mehr Beispiele aus den Naturwissenschaften, weil das mein

Heimatfeld ist. Versuchen Sie mal als Rollstuhlfahrerin oder Rollstuhlfahrer einen Studienplatz zu bekommen, wo sie im Labor arbeiten können. Das ist relativ schwierig. Alleine wenn sie in die Hochschule reinkommen, ist schon mal viel gewonnen, aber dann noch einen Studienplatz zu bekommen, das funktioniert gar nicht. Da muss wesentlich mehr angefasst werden, zum Beispiel auch für pflegebedürftige Angehörige. So etwas wie Kindertagesstätten, oder dass die Bibliotheken einmal länger geöffnet haben, hat auch nicht jede Hochschule.

Ein weiterer Punkt ist das Teilzeitstudium. Teilzeitstudium heißt nicht nur, dass man das BAföG anpasst, sondern es müssen auch Fragen bezüglich der Krankenkasse und des Sozialversicherungsrechts geregelt werden. Was passiert, wenn ich nebenbei arbeite? Nach welchen Kriterien funktioniert das dann? Solche Kleinigkeiten, wie zum Beispiel das Semesterticket, ich darf es offiziell dann nicht mehr benutzen, obwohl ich Studentin oder Student bin. Da gibt es relativ viel Regelungsbedarf, zum Teil auch übergreifend über mehrere Ministerien. Wir haben ja jetzt noch dreieinhalb Jahre Zeit; es wäre schön, wenn die Bundesregierung und alle Fraktionen diese Zeit nutzen und sich dem Thema annehmen würden.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Professor Olbertz, bitte.

Prof. Dr. Jan-Hendrik **Olbertz** (Kultusministerkonferenz, Bonn):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich kann manche Themen sicherlich nur anreißen. Ich will es versuchen, so gut ich kann. Zunächst an Herrn Abgeordneten Schipanski: Was die Zeitläufe betrifft, hat sich die Kultusministerkonferenz jetzt keine Fristen gesetzt, sondern ist davon ausgegangen, dass die notwendigen Korrekturimpulse

schnellstmöglich und laufend erfolgen müssen. Ich persönlich denke mir, dass bis zum Beginn des Wintersemesters ein Großteil der Studiengänge auch in den Hochschulen noch einmal im Hinblick auf die Schwachpunkte, die von den Studenten, gerade bezüglich der Studierbarkeit angesprochen worden sind, überprüft werden muss. So machen wir es jedenfalls in Sachsen-Anhalt und haben es entsprechend mit den Rektoren verabredet. Wir haben im Übrigen ja auch begrüßt, dass der Akkreditierungsrat schon am 9. Dezember 2009 unter dem Titel „Studierbarkeit und Beschäftigungsbefähigung in der Reakkreditierung sichern“ ein Expertengespräch zu diesen Akkreditierungsfragen durchgeführt hat, die für mich wirklich in einigen Punkten offen sind. Ich will Ihnen sagen, in welchen. Eine Akkreditierung ist eigentlich kein Kontrollvorgang, sondern es ist ein Vorgang zur Sicherung von Standards. Das ist ja etwas ganz anderes. Sie wird aber oft als Kontrolle - Inspektion sozusagen - geplant. In Wirklichkeit geht es um die Sicherung von Standards, und solche Standards müssen eben noch stärker und klarer formuliert werden. Das finde ich wirklich wichtig. Es ist auch die Aufgabe der Vertreter der KMK im Akkreditierungsrat, noch einmal zu sagen, was sind denn nun eigentlich die Standards? Wie kann man denn nun Studierbarkeit definieren? Nach welchen Kriterien stellen wir fest, ob ein Studiengang bezüglich seines Aufbaus, seiner Struktur, seinen Abläufen, seiner Prüfungslogik, und was für mich die allerschwierigste Frage ist - in Bezug auf Äquivalenzregelungen - studierbar ist. Das kann nämlich eigentlich nur die Fachwelt. Das Gebot, die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Urteilsbildung zu wahren macht es sehr schwer, in einer Akkreditierung zu sagen, welche Studienbestandteile oder -nachweise untereinander als gleichwertig betrachtet werden können. Das ist wirklich sehr schwierig. Da kann man nur eine Selbstbindung einbauen, dass dies jeweils erörtert wird mit denjenigen, die einen Studiengang beantragt haben, dass dies ge-

prüft wird und dass, eventuell auch die Studierenden in Bezug auf diese Frage gehört werden. Dazu braucht man eine Krieriendebatte. Was ist zum Beispiel der exemplarische Gehalt einer Studienanforderung? Was ist die methodische Qualität einer Studienanforderung? Was ist vergleichbar, obwohl es unterschiedlich ist? Wir werden es nie schaffen, gleichartige Studiennachweise zu bekommen. Es ist auch ein Stück akademische Kultur und Selbstdisziplinierung - ich sage das in aller Offenheit als Universitätsprofessor - zu respektieren, dass Kollegen desselben Faches mit anderen Schwerpunkten gleiche Qualifikationen vermitteln können. Es stört mich maßlos, dass oft Geltungsansprüche mitschwingen, anstatt sachliche Prüfung dessen, was ein Student vorlegt.

Ich würde dann gerne noch auf die soziale Dimension eingehen. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir diese BAföG-Debatte führen bis hin zu Fragen der Prozentsätze, Altersgrenzen, Sondertatbestände, Rückzahlungsmodi, Nichtverrechenbarkeit mit anderswo erworbenen leistungsbezogenen Stipendien und viele andere Dinge mehr. Da wollen wir rangehen.

Die Kultusminister der B-Länder haben ein Positionspapier - Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam - verabschiedet. Unter deren Federführung haben dann alle mitgetragen, was diese Punkte der Stärkung der sozialen Dimension betrifft. Nach meiner Ansicht ist der Hauptpfad dafür die BAföG-Entwicklung und -Reform. Das sieht nicht jeder so, aber ich sehe es so und deswegen sage ich das hier. Ich bin jetzt auf einiges von Herrn Abgeordneten Schulz von der SPD gleich mit eingegangen.

Ich denke, dass wir auch über die Qualität und den Anspruch an die Zusammenarbeit von Bund und Ländern noch einmal nachdenken müssen. Für mich ist diese strenge Abgrenzung - in der Forschung kein Problem, in der Lehre ein Problem -, der gesamtstaatlichen Prob-

ematik, vor der wir in unserem Hochschulwesen stehen, nicht wirklich adäquat. Wir sollten durchaus wahrnehmen, dass die ganze Hochschulpaktdiskussion und Fortschreibung des Hochschulpaktes das Thema Lehre längst berührt. Ich finde es auch gut, dass wir uns über den Ausbau der Kapazität, über Qualitätsmechanismen oder auch über die Ausbalancierung der unterschiedlichen Nachfragedynamiken, die in der nächsten Zeit innerhalb Deutschlands auf uns zukommen, verständigen. Das ist vernünftig. Ich denke, da sollten wir fortfahren. An der Stelle liegt mir auch sehr an einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium und den Kultusministern, die auch alles in allem ganz gut funktioniert. Sie soll übrigens auch einmünden in die gemeinsame Einsicht, dass wir in den Politiken von Bund und Ländern das Thema Bildung und Wissenschaft wesentlich stärker akzentuieren müssen. Das ist eine Frage der Willensbildung. Damit kann ich uns auch gleich die Geldfrage vom Schluss beantworten. Ich hatte überhaupt keine Mühe - und meine Kultusministerkollegen auch nicht - das Papier zur Stärkung der Qualität der Lehre des Wissenschaftsrates mit zu formulieren und dann auch mit zu verabschieden. Das heißt, was dort drin steht mit diesem Handlungsbedarf im Umfang von 1,1 Milliarden Euro, das haben die Wissenschaftsminister der Länder gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat gefordert und an die Finanzseite, also an die Landesregierung und Bundesregierung und die entsprechenden Parlamente, gerichtet. Da sind wir schwer auseinanderzubekommen, obwohl wir natürlich auf beiden Seiten auch hinreichend Realismus üben. Ich denke das auch in der Verabredung von Bund und Ländern Anreize für die Lehre, für Betreuung, für die Studienreform und dergleichen, mehr eingebaut werden können. Dann hätte man auch einen stärkeren qualitativen Akzent in den Debatten um den Hochschulpakt, der im Moment eher mit quantitativen Relationen arbeitet. Ich glaube aber, Bund und Länder sind da offen, und im Rahmen

der Ausgestaltung des Weiteren wird man das sicher machen können.

Ich habe mit Interesse zugehört, wie das mit der Psychologie ist. Ich komme jetzt auf Herrn Abgeordneten Neumann zu sprechen. Natürlich gibt es auch in solchen Protesten ein kumulatives Moment, wo der Bezug auf die eigentlichen Kritikpunkte auch immer mal verloren geht und eine allgemeine Unzufriedenheit, deren Ursachen man aber auch erforschen muss, mitschwingt. Dann gibt es Wahrnehmungen über Kausalität, wo keine ist. Ich sage noch einmal, viele der Probleme der akademischen Lehre an der deutschen Universität, die auch Schwierigkeiten hat, sich selbst wissenschaftlich zu reflektieren und zu betrachten, hängen nicht ursächlich mit der Bachelor-Master-Reform zusammen, aber sie hat sie, wie ein Lackmustest hervorgezaubert und sichtbar gemacht, und eigentlich kann man darüber auch froh sein. Meiner Ansicht nach liegen die eigentlichen Schwächen dieser Umstrukturierung vor allem darin, dass wir aus einem manifesten sehr traditionsbedachten Studiengangsystem von Diplom- und Magisterstudiengängen eine solche relativ radikale strukturelle Umstellung machen mussten und die Neigung hier und da eben doch vorhanden war, die alten Studiengänge irgendwie umzudefinieren und zu versuchen, weiter zu machen wie bisher.

Ein Bachelor-Studiengang ist für mich, wenn er gelingen soll - auch mit seinem neuen Ziel der stärkeren Berufsakzentuierung - ein von Grund auf neukomponierter Studiengang und nicht Teil einer vorherigen Idee. Das geht nicht. Deswegen würde ich übrigens auch nie unter einen Abschluss schreiben „entspricht dem früheren Diplom“ oder Ähnliches, was jetzt manchmal diskutiert worden ist. Das wäre an Komik gar nicht mehr zu überbieten. Aber dieser grundlegende Umbau, der ist nicht geglückt. Es ist teilweise unter Zeit- und Gelddruck auch einfach umetikettiert worden. Da will ich Frau Wintermantel gar nicht widerspre-

chen, aber das muss inhaltlich gemacht werden. Das ist eine neue Systematik, eine neue Programmatik, eine neue Idee von Studium europaweit, die nicht funktioniert, wenn wir nur äußerlich versuchen anzupassen und dann probieren, ob wir nicht so weit wie möglich weitermachen können wie bisher. Das ist für mich jedenfalls das Hauptproblem.

Schwerpunkte für Ausgaben - wenn wir denn Geld hätten - wären für mich ganz klar die Qualität der Lehre, die Stärkung der Betreuungsrelation, Kapazitätsfragen, Ausstattungsfragen und die Förderung von Studienreformprojekten, insbesondere in der Studieneingangsphase. Hier haben wir in Deutschland vor ungefähr zehn bis fünfzehn Jahren einmal wunderbare Ideen diskutiert - Propädeutika, Eingangssemester, Tutorenprogramme und Vieles mehr - das leider in der jetzigen Debatte ein bisschen in den Hintergrund geraten ist. Frau Gohlke, ich möchte nur einen Punkt aufwerfen: Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, wenn wir nach einer stärkeren politischen oder demokratischen Kontrolle der Studiengänge rufen. Ich denke, dass diese Form der Selbstregulierung der Wissenschaft nicht angetastet werden sollte. Möglicherweise haben Sie es so nicht gemeint, aber ich kann mir eine politische Kontrolle über die Ausgestaltung von Studiengängen schlichtweg nicht vorstellen. Das ist übrigens der Hauptkonflikt, den wir immer wieder haben. Viele der Symptome und Probleme, die wir hier behandeln, müssen jetzt tatsächlich aus dem Wissenschaftssystem heraus gelöst werden. Wir wollten dieses hohe Maß an Autonomie. Wir haben ein erstaunlich hohes Autonomiemaß für die Hochschulen, sicher noch nicht das, was wir uns aus den Hochschulen heraus wünschen, aber es ist erstaunlich hoch. Das hat aber zur Folge, dass die Politik keine Studienprogramme schreibt und keine Prüfungsordnungen aufstellt. Ich kann es nicht, ich will es auch nicht, und ich würde es sogar als Anmaßung empfinden. Wir haben Rahmenbedingungen zu sichern, Koordinaten abzu-

sprechen, uns über Ziele zu verständigen, aber in die wissenschaftliche Konfiguration von Studiengängen werde ich mich nicht einmischen. Ich werde aber feststellen, wenn es nicht funktioniert und den politischen Nachdruck in Richtung der Hochschulen und der Akkreditierungsagentur, soweit ich kann, auch in Richtung Fachgesellschaften/ Fakultätentagung nutzen. Manchmal laden die einen ein zu appellieren, Ordnung in den Studiengängen zu stiften.

Zum Bildungsgipfel: Gott sei Dank ist ja Gipfel und Gipfel im Singular und im Plural gleich, das beruhigt mich sehr. Ich denke, wir werden das vor allem als Gemeinschaftsprojekt bewältigen müssen. Ich leiste mir hier die Frechheit zu sagen, ich würde mich freuen, wenn die Kultusminister bei so etwas einmal mitmachen könnten, um auch fachlich ein Stück mitwirken zu können. Die Finanzminister lade ich sowieso freiwillig ein.

Zum Recht auf einen Master-Studienplatz: Es wird immer eine Begrenzung geben, schon aus Kapazitätsgründen und aus Gründen von Leistungsvoraussetzungen, die verhindern, dass jeder alles studieren kann. Das wäre auch nicht in Ordnung, auch was die Nutzung der Kapazitäten betrifft. Ich bin ganz klar gegen eine Quotierung. Aber wir werden Leistungsparameter haben müssen, solange die Kapazitäten begrenzt sind. Die werden immer begrenzt sein, übrigens auch aus der Logik des gesamtgesellschaftlichen Bedarfs an bestimmten Fachkräften. Wir brauchen ja nicht hundert Prozent Akademikerquote, dann haben wir nämlich anderswo riesengroße Defizite - also wird es begrenzt sein. Wenn eine Begrenzung nötig ist, kann sie sich nur auf Leistungsparameter oder eventuell Wartemechanismen gründen, wie das im Medizinstudium der Fall ist. Aber ein Recht auf den Master wird es nicht geben. Ich wäre auch vorsichtig, denn der Wunsch, den Master direkt anzuschließen, ist auch der konventionelle Wunsch, möglichst schnell

wieder in die ursprünglich gedachte Struktur hineinzukommen. Die Wirtschaft bestärkt das noch, indem sie den Bachelor noch nicht richtig akzeptiert hat, sodass man Angst hat, dass man dort nur mit dem Master Akzeptanz findet. Wir sind mitten in einem Umorientierungsprozess, der tatsächlich noch ein bisschen Zeit braucht, bis man sich darüber klar ist, dass es im Kern vom Konzept her eine intelligente Reform ist, deren Umsetzung uns aber noch nicht wirklich geglückt ist.

Zwei letzte Punkte: Ich persönlich - und ich glaube, ich spreche hier für die Mehrheit der Kultus- und Wissenschaftsminister - wäre dafür, wenn man sich auf eine Teilhabe an den Umsatzsteuerpunkten - beispielsweise zweckgebunden auf das Thema Bildung und Wissenschaft bezogen - verständigte. Ich wäre auch dafür, wenn es andere Möglichkeiten gäbe, die steuerlichen Ausfälle in den Ländern durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auszugleichen, wenn diese auch zweckgebunden definiert würden. Ansonsten versacken die verabredeten Transferleistungen in den unterschiedlichen Prioritätenwahrnehmungen für andere Themen. Ich habe nichts gegen Umgehungsstraßen, aber ich bin eher dafür, Wissenschaft und Forschung zu stärken und ich vertraue darauf, dass es nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auch ein Wachstumsbeschleunigungs-Verstetigungsgesetz gibt.

Vorsitzende:

Vielen herzlichen Dank. Nun Prof. Strohschneider, bitte.

Prof. Dr. Peter **Strohschneider** (Wissenschaftsrat, Köln):

Wir haben schon etwas um die „Hochschulfinanzierungsumgehungsstraßen“ gemeinsam, glaube ich. Was soll ich sagen? Es hat mit Herrn Prof. Olbertz auch

der Vorsitzende der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrats gesprochen. Ich kann sozusagen ganz lückenlos daran anschließen. Ich will nur vorneweg sagen, dass mich der Verlauf dieser Debatte insofern erfreut, als ich ihn als Zeichen einer zunehmenden Entdogmatisierung der Bologna-Debatte wahrnehme. Es wird wirklich um Sachfragen gestritten, also um die Frage Modularisierung, ja oder nein bzw. Zweiphasigkeit, ja oder nein. Es wird die finanziellen, die strukturellen Fragen und um ihre politischen Implikationen diskutiert und das finde ich erfreulich.

Ich würde gerne - obwohl es dazu keine Frage gegeben hat - zwei Stichworte aufnehmen, die Herr Olbertz benutzt hat, um an zwei kleinen Beispielen Zusatzprobleme zu erläutern, die unter dem Stichwort Bologna für die Studienqualität eine Rolle spielen, ohne unter dem Stichwort mitverhandelt zu werden. Das eine ist das Problem der Studierbarkeit. Das ergibt sich auch daraus, dass die Hochschulen einen dramatischen Prozess der Verrechtlichung von allem und jedem durchlaufen. In München, an meiner eigenen Universität, gibt es sechs geisteswissenschaftliche Fakultäten, die das gesamte geisteswissenschaftliche Fächerspektrum abdecken. Der Witz eines geisteswissenschaftlichen Studiums ist, dass man zwei oder drei Fächer studiert. Darauf beruht die Kompetenz, die man während des Studiums erwerben kann, immer schon. Das ist sozusagen der schützenswerte Teil dieser Logik von Disziplinen. Wenn sie jetzt in sechs Fakultäten mit ungefähr 400 Professuren dafür Sorge tragen müssen, dass jede beliebige Lehrveranstaltung in jeder dieser sechs Fakultäten räumlich und zeitlich überschneidungsfrei mit jeder beliebigen anderen Lehrveranstaltung der selben Stufe stattfinden muss, dann sehen sie, dass das rein rechnerisch vollständig unmöglich ist. Die Universitäten fühlen sich aber verpflichtet, darauf zu reagieren. In München mit dem breiten Nebenfach führt das dazu, dass es die kleinen Fächer einfach nicht mehr gibt.

Das hat mit Verrechtlichung zu tun, mit der Angst der Universitäten, pausenlos von den Verwaltungsgerichten am Nasenring durch die Landschaft gezogen zu werden, weil irgendeiner, der aus irgendeinem Grunde mit seinem Studium nicht zu Rande kommt, zum Verwaltungsgericht geht und sagt, da ist die Studierbarkeit nicht gewährleistet gewesen. Das war der eine Punkt.

Der Zweite: Man muss bei solchen Strukturereformen, wie der Bologna-Reform solche Effekte mit bedenken wie den, dass Mittelzuführungen an Universitäten entscheidend an die studentische Nachfrage gebunden sind. Das gilt nicht nur zwischen den großen Fächern, sondern auch innerhalb eines Studienfaches im Hinblick auf die Teilfächer, aus denen es sich zusammensetzt. Solange das so ist, sind mit einer Inhaltsreform auch zwingend Verteilungskämpfe verbunden. Das sind Verteilungskämpfe derer, die einzelne Teilfächer vertreten und sich bemühen müssen, dass sie auch nach der Reform noch im Curriculum enthalten sind, weil sie sonst aus der Finanzverteilung herausfallen.

Über diese Thematik hat nie jemand gesprochen. So etwas kommt in den Debatten gar nicht vor, hat aber ziemlich einschneidende Folgen für das, was an den Universitäten läuft.

Jetzt will ich versuchen, ein paar Antworten aus Sicht des Wissenschaftsrats zu geben. Herr Schipanski, es ist tatsächlich so, dass die Betreuungsrelationen je nach Fächergruppen sehr unterschiedlich sind. Sie sind dramatisch schlecht in den sogenannten Massenfächern der Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie sind ganz erträglich in den Bereichen der Naturwissenschaften, und sie sind so, wie sie sein sollen, in der Medizin. Das ergibt sich einfach aus der Verrechtlichung auch dieses Zusammenhangs. Wir haben uns im Wissenschaftsrat bei der Berechnung der Bedarfe an dem schweizerischen Hochschulsystem - sozusagen als Benchmark - orientiert, weil das

strukturell mit dem deutschen Hochschulsystem vergleichbar ist. Wir haben von daher Zahlen entwickelt, die unterschiedlich gestaffelte Betreuungsrelationen als Ziel für die unterschiedlichen Fächergruppen vorgeben und die beschreibbar machen, dass in bestimmten Fächergruppen dieses Ziel im Grunde erreicht ist - in den meisten MINT-Fächern nämlich - und in anderen nicht. Daran anschließend haben wir dann eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Massenfächern um 30 Prozent und in den MINT-Fächern um 10 Prozent vorgeschlagen selbst dort, wo die Betreuungsrelationen besser sind als sie nach diesem Benchmark sein müssten, weil es ein gesamt-gesellschaftliches - vor allem wirtschaftliches Interesse - an diesen Fächern gibt. So kommen diese Zahlen zustande bzw. dass auf der Grundlage unserer Empfehlung für die Verbesserung der Betreuungsrelationen 357 Mio. p.a. notwendig sind. Das ist in dieser Weise im Einzelnen durchdeklinierbar. Diese Zahlen, Herr Schulze, die 357 Mio. Euro oder die 1,14 Mrd. Euro, von denen ich gesprochen habe, sind unter der Prämisse eines kapazitativen gleichbleibenden Systems gerechnet. Ferner sind Preis- und Gehaltssteigerungen unberücksichtigt geblieben. Ebenfalls nicht angerechnet ist der von der KMK ermittelte, zusätzliche Bedarf von 275.000 Studienplätzen. Der müsste zu der Zahl von 1,14 Mrd. Euro hinzugegerechnet werden. Es ist so, dass die Bachelor-Master-Struktur eine höhere Verbindlichkeit des Studiums der Geisteswissenschaften bewirkt hat. Das finde ich auch in Ordnung. Es ist aber auch so, dass es Fächergruppen gibt, wo die Struktur des Studiums eher danach verlangt, in ein sehr reguliertes Curriculum ein paar Freiräume einzubauen, um dadurch etwas, was ich einmal pathetisch akademische Bildung nennen möchte, möglich zu machen.

Insofern ist die Studienstrukturreform einfach zu undifferenziert. Sie erhöht zum Beispiel das Strukturierungsniveau von Germanistik und Elektrotechnik

gleichermaßen, obwohl diese beiden Fächergruppen - wie alle anderen - sehr unterschiedliche Bedarfe haben. Man muss auch sehen, dass sie die Erhöhung des Strukturierungsniveaus ohne die erforderliche Anpassung der personellen und investiven Mittel, das heißt eine Erhöhung der Beratungs- und Betreuungsaufwendungen, eine Verkleinerung der Gruppen etc. angeordnet hat. Das ist das, was sozusagen passieren muss mit den Mitteln, die ich Namens des Wissenschaftsrates geltend mache.

Herr Schulz, zu der Frage der sozialen Situation der Studierenden ist schon eine ganze Menge gesagt worden. Es ist ganz gewiss so, dass die soziale Infrastruktur der deutschen Hochschulen mindestens in dem Maße ausgebaut werden muss, in dem die Kapazitäten ausgebaut und die Qualitäten erhöht werden sollen. Das betrifft auch investive Mittel und den Hochschulbau. Es gibt keine aktuellen Zahlen über den Hochschulbau. Ich habe das hier schon einmal gesagt. Es gibt keine Zahlen über die Flächenbedarfe an den Hochschulen, weil nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) die Länder die Fortführung der Datenerhebung beim Wissenschaftsrat gecancelt haben.

Insgesamt steht die Hochschulpolitik in einer Art Zielspannung. Sie erzählt gewissermaßen immer zwei Geschichten. Ich meine nicht, sie erzählt, sondern ich meine, wir erzählen gemeinsam zwei Geschichten. Wir erzählen eine Geschichte von sozialer Inklusion, Erhöhung der Bildungsbeteiligung, sozialer Integration - und wir erzählen immer zugleich eine Geschichte von Exklusion, nämlich von Exzellenz, von Erhöhung der Prüfungslasten usw. Diese beiden Geschichten erzeugen die Zielspannung, mit der das Hochschulsystem umgehen muss und auf die es nicht konzeptionell reagiert. Das ist der systematische Unterschied vor allem gegenüber dem amerikanischen Hochschulsystem, das mit dieser Spannung von Inklusion und Exklusion durch eine sehr viel differenzier-

tere Hochschulstruktur in einer ganz anderen Weise umgehen kann als das deutsche.

Was sich im Hinblick auf die soziale Situation der Studierenden für die Anforderungen an die Studienstruktur ergibt, ist hier vielfach schon genannt worden. Einiges davon steht auch im Gutachten des Wissenschaftsrats, zum Beispiel Teilzeitstudium und das Jobben neben dem Studium. Sie alle wissen, dass es auch Fragen gibt, wie die der Studiengebühren, zu denen ich als Vorsitzender des Wissenschaftsrats nur in einer höchst allgemeinen Weise gesprächsfähig bin.

Ich will aber auch sagen, dass die HIS-Studie zur internationalen Mobilität deutlich gemacht hat, dass die meistgenannten internationalen Mobilitätshindernisse bei Studierenden die Finanzierungsprobleme eines Auslandsaufenthaltes sind.

Ich erzähle Ihnen mal die Geschichte einer Anglistik-Studentin, die ich gut kenne. Sie studiert in München Anglistik. Dort gibt es 4.500 Anglistik-Studenten und -Studentinnen, die müssen nach der Studienordnung alle in ein englischsprachiges Ausland. Das ist obligatorisch. Für diese 4.500 Studierenden hält die Universität 20 ERASMUS-Plätze vor. Diese Studentin, ist ziemlich tough. Sie hat sich einen von diesen 20 ERASMUS-Plätzen ergattert, hat von dessen Zuweisung schon 14 Tage vor Semesterbeginn in Birmingham erfahren und es dann geschafft, sich einen Wohnheimplatz - für den der Vater 5.500 Euro abdrückt - zu ergattern. Sie hat es auch geschafft, in den ersten zwei Semestern Kurse zu belegen, in denen sie nicht nur anderen ERASMUS-Studenten aus der Schweiz, Österreich und aus Italien begegnet, sondern tatsächlich englischen Studierenden. Sie ist sozusagen der „Ghettoisierung“ entflohen. Aber von all dem, was sie jetzt macht, wird kein einziger Schein in München anerkannt. Das ist die Realität von ERASMUS.

Ich bitte um Verlaub, dass ich sozusagen eine andere Art von Empirie in die Debatte hineingebracht habe. Ich weiß, dass Politik mit anekdotischer Empirie funktioniert und das ist eine Art von anekdotischer Empirie. Der grundsätzliche Satz - das ist die statistische Empirie auch in der HIS-Studie - ist, dass Finanzierungsprobleme unterschiedlichster Art die wichtigsten Gründe sind, die von den Studierenden genannt werden, wenn es um Erschwernisse bei der internationalen Mobilität geht.

Wenn ich jetzt schon so in Fahrt bin, dann sollte ich vielleicht das Thema Bildungsgipfel und Föderalismusreform doch nicht umgehen. Ich finde auffällig, dass die Ministerpräsidenten der Länder zur Bologna-Debatte, die ja nicht im vergangenen Herbst, sondern seit dem Sommersemester 2009 mit beträchtlicher Intensität stattgefunden hat, nach meiner Kenntnis noch nie irgendwo Stellung genommen haben. Ich habe jedenfalls keine politischen Stellungnahmen gehört, außer auf dem Bildungsgipfel und dort nicht mit dem Ergebnis, das die Wissenschaftspolitik erwarten durfte. Ich sehe natürlich, dass es Interessen und politische Konflikte - nicht nur parteipolitischer Art - gibt, sondern auch zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, den Staatskanzleien und den Wissenschaftsministerien, dass es eine Art konfliktöses Dreieck gibt. Die einen hätten gerne Umsatzsteuerpunkte frei, die anderen hätten Umsatzsteuerpunkte gerne gewidmet oder wenn das nicht geht, dann lieber höhere Overheads, weil die im Wissenschaftssystem bleiben, dort aber frei vergeben werden können. Das BMBF möchte natürlich auch mit seinem Geld etwas machen können und Sichtbarkeit erzeugen für das, was dort gemacht wird. Wie man diesen Knoten durchschlägt, das weiß ich auch nicht. Das müssen sie selber machen, aber das ist schon ein ziemlich deprimierendes Geschäft.

Ich würde sagen, die eigentlichen Schwächen der Bologna-Reform sind

Unterfinanzierung und Unterdifferenzierung. Das sind die beiden Probleme, strukturell viel zu undifferenziert alles über einen Leisten - und finanziell nicht nachgearbeitet. Ich glaube nicht, dass das Modell der Seniorprofessur eine Lösung für Probleme mit diesem Volumen ist. Ich räume sofort ein, dass es, im Fortschritt des eigenen Alters ein immer attraktiveres Modell wird, aber das ist eine andere Dimension.

Die Handlungsschwerpunkte hat Herr Olbertz beschrieben. Es geht um Investitionen in Personal, in Sachausstattungen, in Räume und in Universitätsbauten. Das muss ich nicht wiederholen. Zu den verschiedenen Fragen zum Akkreditierungssystem kann ich sagen, dass die Wintervollversammlung des Wissenschaftsrates heute Mittag hier in Berlin beginnt. Wir werden unter anderem darüber beraten, ob der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung im Hochschulsystem“ einrichtet, die sich das gesamte Akkreditierungssystem in Deutschland systematisch anschaut. Im Moment ist es so, dass die staatlichen Hochschulen von rechtlich privaten Agenturen und die nichtstaatlichen Hochschulen von einer staatlichen Einrichtung wie dem Wissenschaftsrat institutionell akkreditiert werden. Es gibt sozusagen zwei Blöcke, die institutionelle Akkreditierung der Hochschulen in nichtstaatlicher Trägerschaft durch den Wissenschaftsrat und das, was die im Akkreditierungsrat zusammengeführten Agenturen als System- und Programmakkreditierung machen. Das ist - glaube ich - nicht hinlänglich abgestimmt, zum Teil unverbunden, zum Teil in sich widersprüchlich. Das muss man insgesamt betrachten. Sie werden aber Verständnis dafür haben, dass der Wissenschaftsrat bei der Komplexität der Problemlage bis zum Bildungsgipfel im April oder Juni 2010 das System nicht wirklich durchforstet hat. Ein paar Ideen haben wir aber schon.

Ich bin dafür, die Studierendenpartizipation in den Universitäten auszugestalten,

aber ich glaube auch, dass institutionelle Qualität - Lehrqualität - keine Frage von Quantitäten ist. Dass man über Wahrheitsfragen, um die es in der Wissenschaft auch geht, nicht abstimmen kann, dass halte ich für gewiss.

Recht auf Master: Herr Gehring, sie haben das ja nur zitiert. Ich glaube, dass es nicht um das Recht auf einen Master geht. Es geht darum, die Potentiale auszuschöpfen. Sie sind lange nicht ausgeschöpft. Es gibt sehr viel mehr Angebote von Masterstudienplätzen als Nachfrage nach ihnen besteht. Wie man die Frage des Übergangs vom Bachelor in den Master wirklich reguliert, hängt entscheidend davon ab, ob der Bachelor als berufsqualifizierender Abschluss nicht nur behauptet, sondern auch anerkannt wird sowie, ob er auf der Seite der Studierenden und der öffentlichen und privaten Arbeitgeber wirklich funktioniert. Das heißt auch, dass der öffentliche Dienst sich fragen muss, ob der Bachelor höherer oder gehobener Dienst ist.

Vorsitzende:

Frau Prof. Wintermantel, bitte.

Prof. Dr. Margret **Wintermantel** (Hochschulrektorenkonferenz, Bonn):

Mir bleibt eigentlich gar nicht mehr so sehr viel zu sagen. Aber es gibt ja noch ein paar konkrete Fragen abzuhandeln. Es ist jetzt von meinen Vorrednern und auch in unseren Anfangsstatements sehr deutlich gesagt worden, dass wir dringend zusätzliche Mittel für die Hochschulbildung brauchen. Ich würde da noch einen Punkt hinzufügen, nämlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wenn man im Ausland - nicht nur im europäischen Ausland, sondern auch in den Schwellenländern Indien und China - unterwegs ist und sich ansieht, wie man sich dort bemüht, eine hervorragende Ausbildung für die jungen Leute zu garantieren, dann muss man sich wirk-

lich fragen, ob wir eigentlich noch vernünftig sind, wenn wir diesen Bereich so vernachlässigen. Dieses wollte ich einfach noch einmal sagen. Wir werden international abgehängt, wenn wir nicht wirklich diese Chance - die vielen jungen Leute, die derzeit im Hochschulsystem sind oder in den nächsten Jahren ein Studium antreten wollen - nutzen und verantwortlich damit umgehen. Soviel zur Vorrede. Wir brauchen unbedingt mehr Ressourcen.

Jetzt zu den einzelnen Fragen. Akkreditierung: Die Akkreditierung ist als Qualitätssicherung inzwischen in den Hochschulen verankert. Sie wird ergänzt durch interne Qualitätssicherungssysteme wie Studierendenbefragungen und Evaluationen in den Hochschulen. Ich denke, dass nach den neuesten Beschlüssen der KMK über die Veränderung und Lockerung der ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung, die zum Teil auch den Forderungen der HRK entsprechen, die ländergemeinsamen Strukturvorgaben zügig verändert werden müssen, sodass der Akkreditierungsrat die Akkreditierungsagenturen auch entsprechend anweisen kann, die insgesamt zu straffen und zu stark detaillierten Regelungen, denen die Akkreditierungsagenturen folgen, wirklich zu lockern. Das muss unbedingt passieren. Ein großer Teil der Schwierigkeiten der Hochschulen jenseits der Autonomiedebatte liegt in diesen sehr strikten Forderungen, die die Hochschulen dazu zwingen, dann wirklich auf im Grunde genommen messbare Größen zu gehen, obwohl man das gar nicht messen kann. Da haben wir einfach gewisse Probleme. Auch was die Anerkennungspraxis betrifft, haben wir Probleme. Wir müssen hier unbedingt Lockerungen einführen, sodass tatsächlich Module vergleichbar anerkannt werden können. Die Anerkennungspraxis muss gelockert werden. Aber das ist - Herr Olbertz hat schon darauf hingewiesen - natürlich eine an das Fachverständnis der einzelnen Disziplinen appellierende Angelegenheit. Die müssen das vernünftiger machen.

Wir haben im Dezember 2009 mit den Sprechern der Fakultätentage und der Fachbereichstage über dieses Thema gesprochen. Auch hier würde ich eine eher positive Perspektive haben, weil hier viel Sensibilität entwickelt worden ist und weil man sieht, dass wir hier unbedingt die Bedingungen lockern müssen. Ich halte es für eine ganz wichtige Angelegenheit, ländergemeinsame und länder-spezifische Strukturvorgaben jetzt auch umzusetzen.

Soziale Situation der Studierenden: Wenn wir uns die Workloads ansehen, das heißt, die studentische Arbeitsbelastung, dann sehen wir, dass für die Studierenden wenig Zeit bleibt, nebenher noch einen Job zu haben. Wir wollten transparente, gut organisierte Studiengänge und nun haben wir das Problem, dass für die Studierenden wenig Zeit bleibt, selbst noch Geld zu verdienen. Das heißt, wir brauchen dringend Studienfinanzierungen, auch vor dem Hintergrund der Bologna-Reform. Mir ist das wirklich sehr wichtig. Wenn wir die soziale Selektivität, die wirklich skandalös ist in unserem Lande, aufheben wollen, müssen wir mehr für die Studienfinanzierung tun. Wir sind angewiesen auf die jungen Leute, und die haben das Recht auf ein qualitativvolles Studium. Soviel zur Finanzierung. Wir müssen auch sehen, dass gute Finanzierungssysteme für den Erfolg der Bologna-Reform notwendig sind. Die Bologna-Reform fordert von den Studierenden einen hohen Arbeitseinsatz - wir haben in diesem Zusammenhang auch von Überforderung gesprochen -, der wenig Zeit lässt, nebenher zu arbeiten.

Bildungsgipfel: Dazu ist auch schon hinreichend viel gesagt worden. Wir werden nächste Woche mit den Studierendenverbänden darüber sprechen, wie wir sicherstellen können, dass die Studierenden an den verschiedenen Bildungsgipfeln beteiligt werden. Ich halte es für absolut notwendig, dass die Studierenden, die konstruktive Beiträge bringen, auch tatsächlich gehört werden. Aber das

gehört jetzt auch zu der Frage, wie kommt es zu dieser negativen öffentlichen Diskussion, obwohl wir doch eigentlich positive Erfolge haben. Ich glaube, wir haben in Deutschland wirklich ein Problem mit Reformen. Wir investieren viel zu viel Energien, uns dagegen zu wehren, anstatt die Chancen einer solchen Reform zu sehen. Herr Olbertz hat darauf hingewiesen, welche Chancen - auch für die Gestaltung einer individuellen Bildungsbiografie - in der Bologna-Reform liegen. Das es tatsächlich möglich ist, zum Beispiel einen Bachelor in Molekularbiologie zu machen und hinterher ein Masterprogramm in Management. Diese Möglichkeiten der individuellen Gestaltung von Bildungsbiografien werden in der deutschen Presse viel zu wenig gesehen.

Wir haben im Gegenteil eine Koalition aus allen möglichen eher veränderungs-resistenten Menschen, die nicht sehen, dass diese Reform notwendig ist und die die alten Zustände romantisieren. Man muss auch sagen, in Heidelberg haben 40 Studierende den Hörsaal besetzt und 27.000 studieren dort. Wir haben eine große schweigende Mehrheit in den Hochschulen, die eigentlich vernünftig studieren wollen und an konkreten Punkten ansetzen. Nach meiner Erfahrung haben wir bei den Studentenprotesten auf der einen Seite die konstruktiv diskutierenden und wirklich etwas verändern wollenden Studierenden und auf der anderen Seite eine allgemein gesellschaftskritische und sehr stark ideologie-behaftete Studentenschaft. Das hat es ein bisschen schwierig gemacht, mit den Bildungsprotesten umzugehen.

Hier war noch einmal die Frage nach der Partizipation der Studierenden. Eigentlich habe ich die Frage schon beantwortet, indem ich gesagt habe, wir müssen eine gute Partizipationskultur in den Hochschulen haben. Die muss aber nicht durch irgendwelche Paritäten erreicht werden, sondern es muss so sein, dass wir unsere Studierenden nicht als Kunden, sondern als wirkliche Partner ak-

zeptieren und mit ihnen darüber sprechen, wie bestimmte Bedingungen verbessert werden können.

Noch einmal die Sache mit der Prüfungsbelastung. Man muss überlegen, welche Feedbackprozesse es gibt und mit den Studierenden darüber sprechen. Ich glaube auch, dass wir uns sehr viel stärker bemühen müssen, moderne Lehrformen in die Hochschulen einzubringen, um tatsächlich den Erfordernissen einer modernen Welt gerecht zu werden.

Studienleistungen aus dem Ausland: Wir empfehlen den Hochschulen, Verträge mit ausländischen Hochschulen abzuschließen, festgelegte Mobilitätsbedingungen durch den Austausch mit Partnerhochschulen zu schaffen und da sicherzustellen, dass die Studienleistungen wirklich anerkannt werden. In meiner Heimatuniversität im Saarland versucht man das über die Großregion Nancy, Metz, Luxemburg und mit anderen Hochschulen herzustellen. Wenn wir tatsächlich den europäischen Hochschulraum nutzen wollen, müssen wir unseren jungen Leuten die Möglichkeit geben, Erfahrungen im Ausland zu sammeln und ihnen die Mobilität durch das etwas lockerere Umgehen mit im Ausland erworbenen Studienleistungen erleichtern. Was zwischen den deutschen Hochschulen an verbesserter Anerkennung notwendig ist, muss auch zwischen europäischen Hochschulen geleistet werden.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Ich würde jetzt gerne mit Ihnen gemeinsam die Zeitsituation reflektieren. Wir haben jetzt noch acht Minuten. Das Wort bekommt jetzt der Kollege Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF, weil auch an ihn Fragen gerichtet worden sind und er auch die Zeit haben sollte, dazu Stellung zu nehmen. Damit ist eigentlich dann auch klar, dass wir keine Zeit haben, in eine zweite Runde einzusteigen. Es ist der Wunsch an mich herangetragen wor-

den, ob die Damen und Herren Sachverständigen uns noch einmal ihren Wunschzettel mit den wichtigsten Reformwünschen und Vorschlägen zuschicken. Das wäre noch einmal befruchtend für die weitere Debatte. Jetzt hat der Kollege Rachel das Wort.

PSts. Thomas **Rachel**, MdB (BMBF):

Frau Vorsitzende, der Kollege Gehring hatte nach dem Mobilitäts- und Qualitätspakt gefragt. Es ist hier so, dass das BMBF Gespräche mit den Ländern über möglich Elemente eines solchen Qualitätspakts für die Lehre führt. Wir denken darüber nach, wie es gelingen kann, dass wir zur Schaffung zusätzlicher Professorenstellen kommen, um an der unbefriedigenden Betreuungsrelation fundamental etwas zu ändern. Wir sind dabei zu überlegen, wie wir ein intensives Tutorienprogramm etablieren können. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Frage, wie es eine intensive Betreuung und Beratung der Studierenden auf dem Weg in das Studium und während des Studiums geben kann. Ein weiteres wichtiges Stichwort ist das Themenfeld Fachzentren für Hochschullehrer, die Frage, wie die Qualität der Lehre im Hochschulalltag tatsächlich verbessert werden kann. Der Aspekt der Verbesserung der Mobilität ist ein Thema, welches wir als BMBF intensiv mit dem dafür zuständigen Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) beraten. Hier geht es um die Frage, inwiefern wir einjährige Auslandsaufenthalte in Bachelor-Studiengänge integrieren können. Sicherlich wird auch eine Frage sein, ob wir es schaffen, Doppeldiplome, die in Deutschland und im Ausland anerkannt werden, stärker zu verbreiten und zu etablieren.

Schließlich war gefragt worden, inwiefern eine Beteiligung bei dem Gipfel im April vorgesehen ist. Wenn die Ministerin im April 2010 zu einem Gespräch zum Thema Bologna-Reform einladen wird, wird es zunächst natürlich darum

gehen, Bilanz zu ziehen, was sich seit den letzten Beschlüssen der HRK, der KMK und der anderen beteiligten Partner - auch ausgelöst durch die Studienproteste - verändert hat. Es muss vereinbart werden, was im weiteren Prozess - auch in Vorbereitung des Bildungsgipfels - zu tun ist. Natürlich werden die Studierenden zu diesem Bildungsgipfel - wie es Bildungsministerin Frau Prof. Schavan auch zugesagt hat - eingeladen. Im Übrigen sind die Studierenden auch bei der internationalen Bologna-Konferenz beteiligt. Wir haben ja hier die nationale Bologna-Arbeitsgruppe zwischen dem BMBF und der Kultusministerkonferenz, und an diesem Prozess sind natürlich die Studierenden sowie HRK, DAAD, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite beteiligt.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende des heutigen Fachgesprächs angekommen. Dies wird nicht das Ende der Gespräche sein, die werden in unterschiedlicher Weise weitergehen. Wir werden Sie im Laufe dieses Jahres mit Sicherheit noch einzeln hier als Gäste haben, sodass die Chance besteht, weiter miteinander zu sprechen. Noch einmal

ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen für wirklich hervorragende Auskünfte.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen für das Verständnis, dass heute nur die Berichterstatter zum Zuge gekommen sind und bei allen Gästen, insbesondere den Journalistinnen und Journalisten und allen anderen Anwesenden, dass sie uns ihr Interesse geschenkt haben.

Ende der Sitzung: 11.25 Uhr

Ulla Burchardt, MdB
Vorsitzende

Bearbeiter:
Klaus Braun